

Kurzzusammenfassung

Verfassungs- schutzbericht 2025

Fakten und Tendenzen



Bundesministerium
des Innern

Inhalt

Politisch motivierte Kriminalität	4
Auswirkungen des Nahostkonflikts und Antisemitismus	9
Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf die Sicherheitslage in Deutschland.	16
Rechtsextremismus/rechtsextremistischer Terrorismus.	20
„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“	29
Linksextremismus	32
Islamismus/islamistischer Terrorismus	38
Auslandsbezogener Extremismus/ Terrorismus.	43
Spionage, Cyberangriffe und sonstige sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Aktivitäten für eine fremde Macht.	48
Geheim- und Sabotageschutz	56

Politisch motivierte Kriminalität¹

Das Bundeskriminalamt (BKA) registrierte für das Jahr 2025 insgesamt 85.837 (2024: 84.172) politisch motivierte Straftaten. Davon sind 30.397 (35,4 %) Propagandadelikte (2024: 31.229, 37,1 %). 4.156 Straftaten (4,8 %) sind der politisch motivierten Gewaltkriminalität zuzuordnen (2024: 4.107, 4,9 %).

Insgesamt wurden 58.851 Straftaten (68,6 %) mit extremistischem Hintergrund ausgewiesen (2024: 57.701, 68,6 %). Darunter waren 3.294 extremistische Gewaltdelikte (2024: 2.976). 7.462 (2024: 7.781) Straftaten wurden dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-“ gemeldet.

Folgende Aspekte sind hervorzuheben:

Im Jahr 2025 verblieben die Straftaten mit **rechtsextremistischem** Hintergrund auf einem hohen Niveau,

es wurde 36.951 Taten erfasst (2024: 37.835, -2,3 %), darunter 1.395 (2024: 1.281, +8,9 %) Gewaltdelikte. Dazu zählen insbesondere wie auch im Vorjahr 6 versuchte Tötungsdelikte. Etwa 75 % aller rechtsextremistisch motivierten Gewaltdelikte erfolgten mit einem fremdenfeindlichen Hintergrund (1.046 Delikte, 2024: 983, +6,4 %), dies gilt auch für 5 der 6 versuchten Tötungsdelikte. Die Anzahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten ist weiter deutlich um 55,7 % gestiegen (165 Delikte, 2024: 106).

Die Zahl der Straftaten von „**Reichsbürgern**“ und „**Selbstverwaltern**“ ist im Berichtsjahr weiter gesunken, ihnen wurden im Berichtsjahr insgesamt 663 (2024: 992, -33,2 %) politisch motivierte Straftaten zugerechnet, von denen 483 (2024: 774, -37,6 %) als extremistisch

1 Die Zahlen und Zuordnungen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamts (BKA). Geringfügige Verschiebungen gegenüber den vom BKA veröffentlichten Zahlen sind aufgrund von Nachmeldungen und Korrekturen möglich.

eingeordnet wurden. Unter diesen extremistischen Straftaten waren insgesamt 53 Gewalttaten (2024: 105, -50 %).

Die Zahl von Straftaten mit **linksextremistischem** Hintergrund ist im Jahr 2025 stark um 38,9 % auf 8.133 angestiegen (2024: 5.857), Gewalttaten stiegen sogar um 60,9 % auf insgesamt 856 Delikte (2024: 532). Von diesen links-extremistisch motivierten Gewalttaten sind etwa die Hälfte in das Themenfeld „Gewalttaten gegen die Polizei/Sicherheitsbehörden“ einzuordnen. Nach einem Rückgang im Vorjahr entspricht dies einem starken Anstieg der entsprechenden Gewalttaten um 82,4 % (425, 2024: 233). Die Zahl der Straftaten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten ist im Jahr 2025 auf 6.027 gestiegen (2024: 3.859, +56,2 %), die der Gewalttaten verdoppelte sich nahezu auf insgesamt 528 Delikte (2024: 280, +88,6 %). Die Zahl der Gewalttaten im Kontext der Klimaprotestbewegung ging dagegen weiter deutlich zurück auf nur noch 21 (2024: 74, -71,6 %).

Die Zahl extremistischer Straftaten mit einem Hintergrund in **religiöser Ideologie** ist im Jahr 2025 leicht auf 1.823 gestiegen (2024: 1.694, +7,6 %). Unter den religiös motivierten Straftaten waren insgesamt 80 Gewalttaten (2024:

71, + 12,7 %), zu denen insbesondere 8 versuchte sowie 2 vollendete Tötungsdelikte (2024: 3 versuchte, 2 vollendete) gerechnet werden. 50 extremistische Straftaten (2024: 60) wurden als Vorbereitung oder Unterstützung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat (§§ 89a-c, 91 StGB) eingestuft.

Im Bereich **ausländischer Ideologie** wurden 4.482 extremistisch motivierte Straftaten erfasst, was etwa dem Niveau des Vorjahrs entspricht (2024: 4.534, -1,2 %). Unter diesen Delikten waren hauptsächlich Propagandadelikte (1.332), aber auch 523 Gewalttaten. Nach den erheblichen Steigerungen in den Vorjahren ging die Zahl der Gewalttaten damit nun um 13,8 % zurück (2024: 607). Bei 2.132 der Straftaten mit ausländisch-ideologischer extremistischer Motivation konnte ein antisemitischer Hintergrund festgestellt werden (2024: 1.776); dies entspricht einer nochmaligen Steigerung um 20 % und fast der Hälfte aller extremistisch motivierten Straftaten im Phänomenbereich im Berichtsjahr (47,6 %).

Im Einzelnen:

Der Kategorie „**Politisch motivierte Kriminalität -rechts-**“ wurden 42.544 (2024: 42.788, -0,6 %) Straftaten zuge

ordnet. Als Teilmenge dieser Kategorie wurden 36.951 (2024: 37.835, -2,3 %) Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund erfasst, darunter waren 1.395 (2024: 1.281, +8,9 %) Gewalttaten. Dazu zählen 6 versuchte Tötungsdelikte.

Im Jahr 2025 nahm die Zahl rechts-extremistischer fremdenfeindlicher Straftaten um 3,8 % ab (12.537 Delikte, 2024: 13.035); die Zahl der Gewalttaten davon stieg dagegen um 6,4 % auf 1.046 Delikte an (2024: 983). Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten mit antisemitischem Hintergrund stieg leicht um 1,6 % auf insgesamt 2.821 Taten (2024: 2.775), während der Anteil der Gewaltdelikte mit antisemitischem Hintergrund um 9,3 % auf insgesamt 49 Delikte sank (2024: 54).

„**Reichsbürgern**“ und „**Selbstverwaltern**“ wurden im Berichtsjahr 663 (2024: 992, -33,2 %) politisch motivierte Straftaten zugerechnet, von denen 483 (2024: 774, -37,6 %) als extremistisch eingeordnet wurden. Unter diesen extremistischen Straftaten waren insgesamt 53 Gewalttaten (2024: 105, -50 %). Hierzu zählten vornehmlich Widerstandsdelikte (37). Bei den weiteren Straftatbeständen dominieren insbesondere Nötigungen/Bedrohungen (135). Von den „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ zugeordneten

Straftaten wurden 42 (2024: 62, -32,3 %) als antisemitisch eingeordnet, bei welchen es sich im Wesentlichen um Volksverhetzungsdelikte (32) handelte.

Der „**Politisch motivierten Kriminalität -links-**“ wurden 13.490 (2024: 9.971, +35,3 %) Straftaten zugeordnet. In diesem Bereich wurden als Teilmenge 8.133 (2024: 5.857, +38,9 %) Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund erfasst, darunter 856 Gewaltdelikte (2024: 532, +60,9 %).

Von den linksextremistisch motivierten Straftaten wurden 1.185 in das Themenfeld „gegen die Polizei/Sicherheitsbehörden“ eingeordnet (2024: 728, +62,8 %), darunter waren mit 425 Delikten etwa ein Drittel Gewalttaten (2024: 233, +82,4 %). „Gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole“ wurden insgesamt 2.107 Delikte verübt (2024: 1.532, +37,5 %), davon 339 Gewalttaten (2024: 231, +46,8 %). Die Zahl der Straftaten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten im Phänomenbereich ist im Jahr weiter gestiegen (6.027, 2024: 3.859, +56,2 %), darunter 528 Gewalttaten (2024: 280, +88,6 %).

Im Berichtsjahr wurden 119 antisemitische Straftaten (2024: 99, +20,2 %), als linksextremistisch motiviert einge-

stuft, darunter vornehmlich Sachbeschädigungen (53), Propagandadelikte (32) und Volksverhetzung (24). Gewaltdelikte wurden nicht erfasst. Die Zahl der Gewalttaten im Kontext der Klimaprotestbewegung ging weiter deutlich zurück auf 21 (2024: 74, -71,6 %). Insbesondere sank die Zahl der Brandstiftungen auf nur noch 5 (2024: 24), auch Widerstandsdelikte kamen kaum noch vor (2025: 4, 2024: 24).

Im Jahr 2025 wurden der **„Politisch motivierten Kriminalität -religiöse Ideologie-“** 1.983 Straftaten zugeordnet (2024: 1.877, +5,6 %), darunter 1.823 (2024: 1.694, +7,6 %) extremistische Straftaten. Der überwiegende Teil (1.599 Taten, 2024: 1.397) davon wies einen islamistischen Hintergrund auf. Insgesamt wurden 80 extremistische Gewalttaten mit religiös-ideologischer Motivation verübt (2024: 71, + 12,7 %), zu denen unter anderem 8 versuchte sowie 2 vollendete Tötungsdelikte (2024: 3 versuchte, 2 vollendete) und 51 Körperverletzungen gerechnet werden.

50 extremistische Straftaten im Bereich **„Politisch motivierte Kriminalität – religiöse Ideologie“** wurden als Vorbereitung oder Unterstützung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat (§§ 89a-c, 91 StGB)

eingestuft (2024: 60), 32 Fälle (2024: 32) als Mitgliedschaft beziehungsweise Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung (§ 129b StGB).

Im Berichtsjahr wurden 592 antisemitische Straftaten mit einer extremistischen religiös-ideologischen Motivation festgestellt (2024: 656, -9,8%), zu denen 16 Gewalttaten zählten (2024: 12). Die weiteren Straftaten verteilen sich vor allem auf Propaganda- (279) und Volksverhetzungsdelikte (76) sowie Sachbeschädigungen (94).

Der **„Politisch motivierten Kriminalität -ausländische Ideologie-“** wurden 6.886 Straftaten (2024: 7.343, -6,2 %) zugeordnet. Die Zahl der extremistischen Straftaten entspricht 4.482 (2024: 4.534, -1,2 %), darunter 523 Gewalttaten (2024: 607, -13,8 %). Es handelte sich überwiegend um Körperverletzungen (223) sowie Widerstandsdelikte (211).

Daneben wurden 16 Delikte erfasst (2024: 14), bei denen den Tatverdächtigen angelastet wurde, eine ausländische terroristische Vereinigung zu unterstützen oder ihr anzugehören (§ 129b StGB).

Bei 2.132 der Straftaten mit ausländisch-ideologischer extremistischer Motivation konnte ein antisemitischer

Hintergrund festgestellt werden (2024: 1.776); dies entspricht einer nochmaligen Steigerung um 20 % und fast der Hälfte aller extremistisch motivierten Straftaten im Phänomenbereich im Berichtsjahr (47,6 %). Zu diesen Straftaten zählen 67 Gewalttaten (2024: 75), daneben vor allem Propagandadelikte (1.018; 2024: 550) sowie Volksverhetzungen (453, 2024: 607).

Auswirkungen des Nahostkonflikts und Antisemitismus²

Der Terrorangriff der HAMAS auf den Staat Israel am 7. Oktober 2023 und der darauffolgende militärische Einsatz israelischer Verteidigungskräfte im Gazastreifen sowie im Westjordanland und im Libanon wirken sich fortlaufend auch auf die Sicherheitslage in Deutschland aus. Neben der erhöhten abstrakten Gefährdungslage sind nach wie vor intensive propalästinensische Proteste sowie entsprechende Agitation in den sozialen Medien zu verzeichnen. Unterschiedliche extremistische Akteure in Deutschland rufen zu Hass und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden oder den Staat Israel auf oder verneinen dessen Existenzrecht.

Auch 2025 wurden zahlreiche „Pro Palästina“-Versammlungen und Demonstrationen durchgeführt. Dies setzte sich auch nach der am 10. Oktober 2025 verkündeten Waffenruhe fort. Schwerpunkt des propalästinensischen Veranstaltungsgeschehens war auch in diesem Berichtsjahr Berlin. Obwohl propalästinensische und israelfeindliche Versammlungen hinsichtlich ihrer Anzahl und Größe bundesweit insgesamt gegenüber dem Jahr 2024 zurückgingen, gab es vor allem in der Bundeshauptstadt nahezu an jedem Wochenende Proteste. Die Demonstrationen waren dabei zwar nicht per se antisemitisch, jedoch konnten im Zusammenhang mit dem Demonstra-

-
- 2 Zum komplexen und vielschichtigen Begriff des Antisemitismus existiert weder in der Wissenschaft noch im politischen Raum eine allgemein anerkannte Definition. Die Bundesregierung empfiehlt die Nutzung der nachfolgenden Definition der Internationalen Holocaust Remembrance Alliance (IHRA): „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ Ergänzt um den Zusatz: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

tionsgeschehen regelmäßig antisemitische Vorfälle beobachtet werden.

Extremistische Akteure sind besonders in den sozialen Medien aktiv, um für die Teilnahme an Veranstaltungen zu mobilisieren und Propagandainhalte zur Radikalisierung der Nutzerinnen und Nutzer zu verbreiten. Die prekäre humanitäre Situation der Zivilbevölkerung im Gazastreifen wird genutzt, um eigene Narrative zu bedienen und die Entwicklungen in Nahost ideologisch umzudeuten. Dabei richtet sich die Agitation nicht ausschließlich gegen Israel, sondern auch gegen deutsches Regierungshandeln sowie gegen Versammlungs- und Polizeibehörden. Deren Verbote und Maßnahmen werden als unzulässige Repression, Zensur und Unterdrückung legitimer Proteste dargestellt.

Es ist festzustellen, dass Israelfeindschaft und Antisemitismus tragfähige Brückennarrative – also ideologische Schnittmengen und Verbindungen – zwischen unterschiedlichen und an sich unvereinbaren extremistischen Einstellungen sein können. Vor allem Akteure aus dem säkularen propalästinensischen Extremismus übernahmen dabei eine Scharnierfunktion zwischen deutschen und türkischen Linksext-

remisten, türkischen Rechtsextremisten sowie zur hiesigen islamistischen Szene. Die rechtsextremistische Szene in Deutschland instrumentalisierte die Eskalation in Nahost zwar hauptsächlich für die Propagierung von migrationsfeindlichen Positionen, verbreitete aber auch antisemitische und israelfeindliche Verschwörungserzählungen.

Antisemitisches Gedankengut und Israelfeindschaft bildet einen wesentlichen gemeinsamen Nenner in der Ideologie des **Islamismus und islamistischen Terrorismus**. Dementsprechend erzeugte der Nahostkonflikt auch 2025 ein hohes Mobilisierungspotenzial im islamistischen Spektrum, wenngleich Personen aus der islamistischen Szene eher an von Akteuren aus den Bereichen des auslandsbezogenen Extremismus und Linksextremismus organisierten Demonstrationen teilnahmen als selbst als Organisatoren aufzutreten. Vor allem in Berlin fanden sich propalästinensische Initiativen, an denen teilweise auch HAMAS-nahe Akteure beteiligt waren. Insgesamt hielten sich die Anhänger von HAMAS und „Hizb Allah“ mit öffentlichkeitswirksamen Handlungen aber weitestgehend zurück.

Die Eskalation in Nahost fand auch in den sozialen Medien einen starken

Widerhall. Hierbei taten sich insbesondere islamistische Organisationen, die eine ideologische Nähe zur in Deutschland seit 2003 verbotenen „Hizb ut-Tahrir“ (HuT)³ aufweisen, hervor. Diese stellen in einem identitätspolitischen Duktus die konstruierte Gesamtheit „der Muslime“ beziehungsweise „der Palästinenser“ als Opfer „des Westens“ dar und instrumentalisieren den Nahostkonflikt für die Festigung eines entsprechenden Opfernarrativs sowie für eine grundsätzliche Kritik am deutschen Staat. Als Ausweg und Lösung wird die Schaffung einer islamistischen Gesellschaftsform („Kalifat“) propagiert.

Jüdische Menschen und der Staat Israel zählen auch zu den etablierten Feindbildern jihadistischer Organisationen. Propaganda des „Islamischen Staates“ (IS) und von „al-Qaida“ fördert nicht nur eine antisemitische Ideologie, sie kann auch in Deutschland direkt zu konkreten Taten führen und mögliche Einzeltäter beeinflussen. Exemplarisch hierfür steht die Messerattacke eines sich zum IS bekennenden syrischen

Staatsangehörigen am Berliner Holocaust-Mahnmal vom 21. Februar 2025.

Im Bereich des **auslandsbezogenen Extremismus** wurde vor allem die Anhängerschaft extremistischer Palästinenserorganisationen im Berichtsjahr weiterhin emotionalisiert. Personen aus diesem Spektrum waren auch 2025 wesentliche Treiber des Versammlungsgeschehens. Neben säkularen propalästinensischen Extremisten beteiligten sich dabei auch türkeistämmige Links- und Rechtsextremisten an der Organisation von, der Mobilisierung für und der Teilnahme an Veranstaltungen mit Bezug zum Nahostkonflikt. Das gemeinsame Themenfeld führt zu zunehmenden Vernetzungen zwischen den verschiedenen extremistischen Szenen.

Relevante Akteure im säkularen propalästinensischen Extremismus sind die nicht öffentlich unter ihrem Namen agierende terroristische „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP)⁴ sowie die Anhängerinnen und Anhänger ihres hierzulande verbotenen Unterstüt-

3 Ziel der panislamisch ausgerichteten HuT („Partei der Befreiung“) ist die „Befreiung“ aller Muslime von „Unterdrückung“ und ihre Vereinigung in einem weltweiten „Kalifat“.

4 „Popular Front for the Liberation of Palestine“.

zungsnetzwerks „Samidoun“⁵. Beide Organisationen bestreiten das Existenzrecht des Staates Israel und propagieren den bewaffneten Kampf gegen Israel. Ihre Akteure treten gemeinsam mit Anhängern und Sympathisanten extremistischer propalästinensischer Gruppierungen in Deutschland, welche der internationalen Bewegung „Boycott, Divestment and Sanctions“⁶ (BDS) nahestehen beziehungsweise ihre Forderungen unterstützen, sowie unorganisierten extremistischen propalästinensischen Einzelpersonen bei Veranstaltungen öffentlich in Erscheinung.

Im türkischen Linksextremismus trat 2025 insbesondere die Jugendorganisation der linksextremistischen türkischen „Marxistischen Leninistischen Kommunistischen Partei“ (MLKP)⁷, „Young Struggle“ (YS) hervor. Auch die türkische linksextremistische „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)⁸ führte eine Kampagne durch. Dabei richtet sich die Ablehnung hier gegen Israel als „imperialistischen“ Staat und nicht gegen Jüdinnen und

Juden als solche. Antisemitismus spielt ideologisch im türkischen Linksextremismus grundsätzlich keine Rolle.

Antisemitische Verschwörungserzählungen und Stereotype sind dagegen unter in Deutschland lebenden türkischen Rechtsextremisten weit verbreitet. Auch wenn sich nicht alle Anhänger der rechtsextremistischen türkischen „Ülkücü“-Bewegung offen antisemitisch äußern, sind Antisemitismus und Rassismus Kernelemente der „Ülkücü“-Ideologie. Insbesondere Personen, die der unorganisierten Ülkücü-Szene zuzuordnen sind, veröffentlichen und verbreiten antisemitische und israelfeindliche Inhalte, während die Anhängerschaft der „Ülkücü“-Dachverbände öffentlich zurückhaltend agiert.

Der eskalierende Nahostkonflikt nahm in diesem Berichtsjahr im **Rechtsextremismus** ebenso wie in den Bereichen der **„Reichsbürger“** und **„Selbstverwalter“** erneut keine hervorgehobene Stellung ein. Äußerungen rechtsextremistischer Akteure bezogen sich

5 „Samidoun – Palestinian Prisoner Solidarity Network“. Auf Deutsch: „Samidoun – Palästinensisches Gefangenennetzwerk“. „Samidoun“ selbst ist seit dem Verbot im November 2023 in Deutschland unter dieser Bezeichnung zwar nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten, ehemalige Akteure sind aber weiterhin innerhalb der extremistischen propalästinensischen Szene aktiv.

6 Auf Deutsch: „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“.

7 „Marksist Leninist Komünist Parti“.

8 „Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi“

überwiegend auf potenzielle oder imaginierte innenpolitische Auswirkungen des Konflikts auf die Themen Asyl und Migration. Antisemitismus spielte demgegenüber vor allem im Zusammenhang mit der Verbreitung entsprechend konnotierter Verschwörungstheorien eine Rolle. Insgesamt werden die Ereignisse und Entwicklungen in Nahost als scheinbare Bestätigungen in bestehende antisemitische und antiisraelische Narrative der rechtsextremistischen Szene integriert. So bezeichnet die rechtsextremistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ Israel regelmäßig als „Terrorstaat“ und wirft ihm „alttestamentarischen Vernichtungswillen“ vor.⁹ Der Hauptverantwortliche des Mediums „AUF1“¹⁰ (Verdachtsfall) teilte Inhalte in den sozialen Medien, die sich in das klassische antisemitische Narrativ einer geheimen Agenda „der Juden“ einfügten. Insgesamt führt dies jedoch in der Regel weder zu einer (weiteren) Radikalisierung der betreffenden Akteure noch zu einer verstärkten Solidarisierung mit den Palästinensern oder gar zur Unterstützung von islamistischen Organisationen wie der HAMAS.

Die Situation im Nahen Osten bildete im **Linksextremismus** auch 2025 einen Schwerpunkt der Agitation. Linksextremisten fungierten als Scharfmacher und Mobilisierungstreiber: Sie organisierten Veranstaltungen, riefen zur Teilnahme an diesen auf und beteiligten sich auch selbst am Protestgeschehen – zum Teil auch mit dem Ziel, neue Anhängerinnen und Anhänger für sich zu gewinnen.

Dabei zeigt sich die Szene weiterhin gespalten: Antiimperialistische und dogmatische Linksextremisten vertraten deutlich sichtbar und in der Mehrzahl propalästinensische Positionen, während insbesondere autonome Linksextremisten sich, wenn auch weniger öffentlichkeitswirksam, überwiegend eher auf die Seite Israels stellten. Die Parteinahme für Israel kann bei ihnen damit begründet werden, dass sie der HAMAS primär antisemitische Beweggründe für die Terrorangriffe auf Israel am 7. Oktober 2023 unterstellen und lediglich nachrangig die Erreichung territorialer oder sonstiger Ziele. Dahingegen liegen den propalästinensischen Positionen dogmatischer Linksextremisten antiimperialistische Weltanschauungen

9 Homepage „Der III. Weg“ (15. August 2025).

10 „Alternatives Unabhängiges Fernsehen, Kanal 1“. AUF1 wird seit Februar 2026 als gesichert extremistische Bestrebung bearbeitet.

zugrunde. Nach diesen würde Israel die palästinensische Bevölkerung aus „imperialistischen“ und „kapitalistischen“ Beweggründen kolonialisieren.

Zwischen antiimperialistischen und dogmatischen deutschen Linksextremisten, säkularen propalästinensischen Extremisten und türkischen Linksextremisten bestehen verschiedene Vernetzungen. So wurde gegenseitig zu Veranstaltungen und Solidaritätsbekundungen mobilisiert und sich diesen angeschlossen. Das gemeinsame Feindbild Israel lässt alte Verbindungen zu Tage treten und bringt neue hervor. Auch in Zukunft könnte es vor diesem Hintergrund zu einer fortgesetzt intensiven Zusammenarbeit von Extremisten dieser unterschiedlichen Phänomenbereiche kommen.

Linksextremisten greifen gezielt tagespolitisch bedeutsame Themen auf, um Einfluss auf gesellschaftliche Diskussionen zu nehmen und ihre eigenen extremistischen Positionen einzubringen. In Bezug auf die Lage in Nahost versuchen sie, bei Veranstaltungen Teilnehmende zu radikalisieren, das Vertrauen in den demokratischen Staat und seine Institutionen zu untergraben sowie staatliches Handeln als „rassistisch“, „imperialistisch“ und „repressiv“ zu delegitimieren.

Nach wie vor ist die Lage in Nahost für ein erhöhtes **Gefährdungspotenzial** in Europa und Deutschland verantwortlich. Insbesondere jüdische und israelische Menschen sowie Einrichtungen sind einer gesteigerten abstrakten Gefährdung ausgesetzt, da Extremisten diese als Vertreter des verhassten Staates Israel respektive der dortigen Politik wahrnehmen.

War das Protestgeschehen nach den Terrorangriffen der HAMAS zunächst von den aktuellen Ereignissen in Nahost abhängig, hat sich das Engagement der Akteure mittlerweile verstetigt. Dieser „harte Kern“ hat sich zunehmend radikalisiert und zeigt sich gewaltbereit. Zudem ist eine fortschreitende Vernetzung unter den Anhängerinnen und Anhängern unterschiedlicher extremistischer Strömungen zu beobachten. Insbesondere in den sozialen Medien hat sich ein gemeinsamer Resonanzraum für antiisraelische bis hin zu antisemitischer Propaganda etabliert. Auch wenn es sich bei der Mehrheit der Teilnehmenden an propalästinensischen Demonstrationen nicht um Extremisten handelt, sind diese jedoch prägend. Aufforderungen zu Gewalt gegen die Bevölkerung Israels sowie antisemitischen Codes und Chiffren wird auch von den nicht extremistischen Teilnehmenden nicht

entgegengetreten. Dabei kann jedoch nicht immer zweifelsfrei davon ausgegangen werden, dass der extremistische Gehalt bestimmter Äußerungen und Parolen durch Teilnehmende verstanden und/oder tatsächlich gebilligt wird.

Darüber hinaus riefen der IS und „al-Qaida“, ungeachtet ihrer sonstigen kritischen Haltung gegenüber der HAMAS, zu weltweiten Anschlägen gegen jüdische Menschen, jüdische und israelische Einrichtungen sowie amerikanische Militäinfrastruktur auf. Wie der Messerangriff am Berliner Holocaust-Mahnmal vom 21. Februar 2025 zeigt, haben derartige Aufrufe weiterhin ein hohes Potenzial, hierzulande Einzelpersonen zu Terroranschlägen zu inspirieren. Die Bedrohungslage möglicher Terroranschläge gegen als jüdisch oder israelisch wahrgenommene Ziele ist somit weiter als konstant hoch einzuschätzen.

Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf die Sicherheitslage in Deutschland

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine im Osten Europas und das hybride Agieren gegen die europäischen Demokratien wirken sich deutlich auf die Sicherheitslage in Deutschland aus. Denn Russland versucht seine Kriegsziele in Europa auch mit dem Einsatz aller nachrichtendienstlichen Mittel sowie weiteren nichtmilitärischen Vorgehensweisen durchzusetzen. Als Abwehrdienst ist das BfV deshalb hier nicht nur im Bereich von Spionage, Sabotage und Informationsmanipulation tätig, um Gefahren zu erkennen, Bedrohungen zu unterbinden und auf der Basis der so gewonnenen Erkenntnisse neuen Gefährdungen entgegenzuwirken, sondern auch in den extremistischen Phänomenbereichen.

Linksextremisten begehen vermehrt Straftaten unter Berufung auf „antimilitaristische“ Gründe und rufen – bisweilen gemeinsam mit Gruppierungen aus dem Bereich des auslandsbezogenen Extremismus – zu Aktionen auf. Rechtsextremisten

nutzen das Thema, um sich selbst als Teil einer vermeintlichen „Friedensbewegung“ zu inszenieren. Allein im Phänomenbereich Islamismus/islamistischer Terrorismus spielt der russische Angriffskrieg als Themenfeld für Propaganda so gut wie keine Rolle.

Im Bereich der **Cyber- und Spionageabwehr** hat das hybride Vorgehen Russlands gegen Europa mit seinen erheblichen Auswirkungen auf die europäische Ordnung und Sicherheitsarchitektur umfassende Konsequenzen.

Die Gefahren durch **(Cyber-)Spionage, Sabotage, Desinformation** und **Einflussnahme** sind in Deutschland seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine anhaltend hoch. Derartige Aktivitäten sollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstören, die freie Meinungs- und politische Willensbildung beeinflussen und letztlich demokratische Prozesse untergraben.

Die vorgezogene **Bundestagswahl am 23. Februar 2025** stand insofern besonders im Fokus russischer Desinformationskampagnen und Einflussnahmebemühungen. Beispielhaft hierfür stehen Videos, die im Februar auf der Plattform X gepostet wurden und angebliche Fälle von Wahlbetrug bei der Briefwahl zur Bundestagswahl zeigten. Darüber hinaus wurden Videos mit unwahren bzw. manipulierten Inhalten verbreitet, die die Spitzenkandidaten von zwei Parteien diskreditieren sollten. Die Bundesregierung hat am 20. Dezember 2025 die dafür verantwortliche Desinformationskampagne „Storm-1516“ der Russischen Föderation öffentlich zugeordnet. Das vorherige Attribuierungsverfahren hatte ergeben, dass Russland so nicht nur die Bundestagswahl 2025 in seinem Sinne beeinflussen wollte, sondern sich auch danach in die inneren Angelegenheiten Deutschlands destabilisierend einmischt, indem unter anderem Mitgliedern der Bundesregierung schwere Straftaten unterstellt werden, um das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat zu unterminieren.

Der **Präventionsbereich „Wirtschaftsschutz“** im BfV hat sein Sensibilisierungsangebot auf die verschiedenen Zielgruppen zugeschnit-

ten. Die Sicherheitskultur in vielen Organisationen muss gestärkt und der Austausch zwischen staatlichen und nicht staatlichen Stellen gefördert werden, mit dem Ziel, die gesamtgesellschaftliche Resilienz gegenüber nachrichtendienstlichen Gefährdungen durch Russland zu erhöhen.

Das von Russland ausgehende Gefährdungspotenzial wird zudem durch die dortigen militärischen Ressourcen und Fähigkeiten sowie das vorhandene Arsenal an **Massenvernichtungswaffen** bestimmt, die auch für Deutschland, die EU sowie das Verteidigungsbündnis NATO eine ernsthafte Bedrohung darstellen. Die europäischen Sanktionen erschweren russische Beschaffungsbemühungen, Russland hat aber seine Methoden zur Umgehung der EU-Sanktionen erweitert und optimiert. Beschaffungsversuche zielen darauf ab, Produkte verdeckt nach Russland auszuführen – etwa über Zwischenhändler und vorgeschobene Endverwender in Drittstaaten. Deutsche Hersteller tragen ein erhöhtes Risiko, von Proliferationsversuchen und Sanktionsumgehungen betroffen zu sein. Daher ist eine erhöhte Sensibilität beim Handel mit sanktionierten militärischen wie Dual-Use-Gütern geboten.

Linksextremisten verurteilen zwar überwiegend den russischen Angriffskrieg, aber antiimperialistische Gruppierungen sehen die Schuld nicht nur bei Russland, sondern auch im „Imperialismus“ der NATO, der USA und „des Westens“. Einige dogmatische links-extremistische Gruppierungen stellen sich gar ganz an die Seite Russlands und verbreiten dessen Narrative.

Generell gilt ihre Aufmerksamkeit aber weniger dem Kriegsgeschehen selber als den Auswirkungen des Krieges hierzulande. Die Unterstützung der durch Russland überfallenen Ukraine mit militärischem Gerät und Material, die Aufrüstung der Bundeswehr, die Einführung eines Neuen Wehrdiensts und die massive Erhöhung der Verteidigungsausgaben werden von Linksextremisten als Belege für eine „Militarisierung der Gesellschaft“ angesehen.

In der Folge haben Themenfelder wie insbesondere „**Antimilitarismus**“, aber auch „Antiimperialismus“ in der Szene stark an Bedeutung gewonnen. Linksextremisten haben in diesem Kontext Straftaten wie Farbarschläge und Sachbeschädigungen sowie teils auch Brandstiftungen zum Nachteil von Unternehmen der Rüstungsindustrie, der Bundeswehr, aber auch politi-

scher Parteien verübt. Hierbei ergeben sich auch Schnittmengen mit links-extremistisch geprägten Anteilen des **auslandsbezogenen Extremismus**.

Rechtsextremisten missbrauchen zwar den Angriffskrieg Russlands und die diesbezügliche deutsche Politik zu eigenen Propagandazwecken, eine besondere Mobilisierungswirkung oder ein erhöhtes Gefährdungspotenzial ist jedoch nicht festzustellen. Bedeutende prorussische Akteure kommen hierbei aus der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten, die insbesondere innenpolitische Diskussionen zur Wehrpflicht, zu Sanktionen gegen die Russische Föderation und zum Umgang mit Drohnen im deutschen Luftraum nutzt.

Tagespolitische Entwicklungen zum Krieg in der Ukraine werden in der rechtsextremistischen Szene jedoch verfolgt und regelmäßig kommentiert. Eine breitere Rezeption erfuhr auch die Debatte um eine eventuelle Beteiligung deutscher Soldaten an der Friedenssicherung in der Ukraine im August 2025. Ein möglicher Bundeswehreinsatz wurde dabei von diversen rechtsextremistischen Akteuren als „Kriegstreiberei“ bezeichnet und zum Anlass genommen, Kritik an der Aufnahme ukrainischer Bürger in Deutschland zu üben.

Intensität und Ausmaß der zu antizipierenden **russischen Aktivitäten** sind nach den Erfahrungen der letzten Kriegsjahre eng mit dem Kriegsverlauf in der Ukraine verknüpft. Selbst nach einem Waffenstillstand oder dem Ende des Angriffskriegs wird Russland seine konfrontativen Aktivitäten gegen Deutschland, die EU, die NATO und auch die Ukraine nahezu sicher fortführen, um seinem langfristigen Ziel näherzukommen: der Wiedergewinnung eines Hegemonialraums in Mittel- und Osteuropa.

Das BfV begegnet dem russischen Vorgehen auf mehreren Ebenen: mit einem auf verlässlichen Detektions- und Aufklärungsergebnissen basierenden **Lagebild**, der verstärkten Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Ausrichtung auf die Bekämpfung der erheblichen, von Russland ausgehenden Bedrohung in Staat und Gesellschaft.

Rechtsextremismus/ rechtsextremistischer Terrorismus

Das **rechtsextremistische Personenpotenzial** umfasste Ende 2025 nach Abzug von Mehrfachzuordnungen 58.700 Personen (2024: 50.250). Die Zahl der

Rechtsextremisten, die als **gewaltorientiert** eingestuft werden, ist auf 15.600 Personen (2024: 15.300) angestiegen.

Rechtsextremismuspotenzial ¹			
	2023	2024	2025
In Parteien, davon	16.300	25.000	32.850
„Die Heimat“ (vormals „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, NPD)	2.800	2.500	2.600
„Freie Sachsen“	–	1.200	1.100
„Der III. Weg“	800	950	1.000
Verdachtsfall „Alternative für Deutschland“ (AfD) ²	11.300	20.000	28.000
Sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien ³	1.400	350	150

In parteiunabhängigen bzw. partei- ungebundenen Strukturen ⁴	8.500	8.500	8.500
Weitgehend unstrukturiertes rechts- extremistisches Personenpotenzial ⁵	17.000	18.000	18.500
Summe	41.800	51.500	59.850
Nach Abzug von Mehrfachzuordnungen	40.600	50.250	58.700
Davon gewaltorientierte Rechtsextremisten	14.500	15.300	15.600

- 1 Die Zahlen sind zum Teil geschätzt und gerundet.
- 2 Hierunter werden auch die Mitglieder der der AfD (Verdachtsfall) zugehörigen Teilorganisa-
tion „Junge Alternative“ (JA, seit dem 01.04.2025 in Liquidation) gezählt; die geschätzte Zahl
der Doppelmemberschaften ist dabei berücksichtigt.
- 3 Unter dem sonstigen rechtsextremistischen Personenpotenzial in Parteien werden unter
anderem die Mitglieder der mittlerweile aufgelösten Partei „DIE RECHTE“ und der „Neue
Stärke Partei“ (NSP) gezählt.
- 4 Hierunter werden unter anderem das Personenpotential der Beobachtungsobjekte „COM-
PACT-Magazin GmbH“, „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD), „PI-NEWS“, aufgelöstes
und neu strukturiertes „Institut für Staatspolitik“ (IfS), „Ein Prozent e.V.“ und „Antaios-
Verlag“ sowie der Teil von insgesamt 1.400 rechtsextremistischen „Reichsbürgern“ und
„Selbstverwaltern“ gezählt, der parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen
zuzurechnen ist.
- 5 Hierzu zählt im Berichtsjahr der Teil von insgesamt 1.400 rechtsextremistischen „Reichsbür-
gern“ und „Selbstverwaltern“, der keiner festen Struktur zuzurechnen ist.

Die Anzahl der von den Verfassungs-
schutzbehörden registrierten **rechtsex-
tremistischen Kundgebungen** bewegte
sich 2025 auf einem erheblich höheren
Niveau als im Vorjahr. Während bei der
Partei „Freie Sachsen“ ein signifikan-
ter Rückgang im Vorjahresvergleich zu
beobachten war, konnte bei der Partei

„Die Heimat“ (vormals NPD) ein starker
Zuwachs verzeichnet werden. Zentrale
Themen- und Agitationsfelder waren
dabei erneut „Asyl und Migration“,
„Queerfeindlichkeit“ sowie „Wahlen“.

Die Gesamtzahl **rechtsextremisti-
scher Straf- und Gewalttaten** beweg-

te sich 2025 mit 36.951 Taten auf dem Niveau des Vorjahres (2024: 37.835). Propagandadelikte (23.122) bildeten mit 62,6 % den Hauptanteil der rechtsextremistischen Straftaten.

3,8 % der rechtsextremistischen Straftaten waren Gewaltdelikte. Im Vergleich zum Vorjahr stieg im Berichtsjahr die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten um 8,9 % (2024: 1.281; 2025: 1.395). Körperverletzungsdelikte (1.248) bildeten wie im Vorjahr mit 89,5 % den größten Anteil (2024: 87,5 %, 1.121). Die Gesamtzahl der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte stieg um 6,4 % an (2024: 983; 2025: 1.046). Auch bei den rechtsextremistisch motivierten Körperverletzungsdelikten mit fremdenfeindlichem Hintergrund war eine Steigerung von 7,5 % zu beobachten (2024: 916; 2025: 985). Im Jahr 2025 wurden wie im Vorjahr 6 versuchte Tötungsdelikte gezählt.

Vor diesem Hintergrund bleibt die nachrichtendienstliche Bearbeitung von **rechtsextremistischen gewaltaffinen Akteuren** von herausragender Bedeutung. Auch im Jahr 2025 setzte sich dabei die seit einigen Jahren zu beobachtende Entwicklung fort, dass (geplanten) rechtsextremistischen Gewalttaten oftmals eine Radikalisierung im Internet vorausging. In sozialen

Medien sowie über eine weitverzweigte, oft internationale Vernetzung über Messengerdienste und Onlineforen werden menschenfeindliche Inhalte verbreitet, die bis hin zu extremen Gewaltfantasien und Mordaufrufen reichen. Der Zugang dazu gestaltet sich einfach und ist auch für junge, teils noch nicht strafmündige Akteure möglich. So stellen die Verfassungsschutzbehörden insbesondere im virtuellen Raum zunehmend (sehr) junge Personen fest, welche oftmals bereits eine ausgeprägte Gewaltbereitschaft erkennen lassen.

Diese bewegen sich in sich überlappenden **Onlinesubkulturen** wie der „Attentäter-Fanszene“, deren Anhänger einen Kult sowohl um rechtsextremistische Attentäter als auch um solche ohne politischen Bezug betreiben, oder in nihilistisch-satanistischen Netzwerken, in denen Gewalt und amoralisches Handeln aus seelischer Grausamkeit und Gewaltlust propagiert wird. Die Glorifizierung von Gewalt wird nicht selten mit der Ankündigung kombiniert, solche Taten selbst durchführen zu wollen.

Ausgehend vom virtuellen Raum sind seit Sommer 2024 **mobilisierungsstarke und aktionsorientierte Jugendgruppierungen** entstanden, die sich bundesweit auch realweltlich organisieren. Gruppierungen wie „Jung & Stark“ (JS),

„Deutsche Jugend Voran“ (DJV) und „Der Störtrupp“ (DST) sind wiederholt im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Störaktionen gegen öffentliche Veranstaltungen zum Christopher Street Day (CSD) oder Angriffen auf den politischen Gegner in Erscheinung getreten. Auch die Verfolgung mutmaßlich pädophiler Personen („Pedo-Hunting“) zählt zu den Aktionsformen. Die Teilnahme an Aktionen und Aktivitäten mit „Erlebnischarakter“ vermittelt ein Zugehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühl und erhöht die Attraktivität dieser Personenzusammenschlüsse.

Aus dem Spektrum der aktionsorientierten Jugendgruppen haben sich auch Hinweise auf mögliche **rechts-terroristische Aktivitäten** ergeben. So verfolgte die überregional agierende aktionsorientierte Gruppierung „Letzte Verteidigungs Welle“ (L.V.W.) das Ziel, vor allem mittels Brand- und Sprengstoffanschlägen auf Asylbewerberheime und Einrichtungen des politisch „linken“ Spektrums einen Zusammenbruch des demokratischen Systems herbeizuführen. Im Mai 2025 wurden gegen zum Teil minderjährige Mitglieder der L.V.W. Exekutivmaßnahmen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in oder Unterstützung von einer terroristischen Vereinigung durchgeführt.

Zur Verbreitung ihrer ideologischen Narrative sind Rechtsextremisten um **Anschlussfähigkeit an den gesellschaftlichen Diskurs** bemüht. Durch das Aufgreifen tagespolitischer Themen und deren Anreicherung mit rechtsextremistischer Ideologie soll Einfluss auf die in der Gesellschaft vorherrschende Meinung, darunter auch jene der bürgerlich-demokratischen Mitte, genommen werden. Der Themenkomplex **„Migration und Asyl“** stand auch im Berichtsjahr vor dem Hintergrund mutmaßlich beziehungsweise vermeintlich islamistisch motivierter Gewalttaten im Fokus rechtsextremistischer Agitation. Dabei dominierte in den Reaktionen der rechtsextremistischen Szene die Hervorhebung eines behaupteten allgemeinen Kausalzusammenhangs zwischen Migration und Gewaltverbrechen. Menschen mit Migrationshintergrund und Asylsuchende wurden generell als Gefahr für die Sicherheit in Deutschland dargestellt und Forderungen nach großangelegter „Remigration“ erhoben.

Die Zahl der **rechtsextremistischen Musikveranstaltungen** erreichte im Berichtsjahr einen neuen Höchststand. Hierzu trug maßgeblich der starke Anstieg der Liederabende bei, welche neben Szenefeiern mit Livemusik den Schwerpunkt der – überwiegend klei-

nen – Musikveranstaltungen bildeten. Wie schon in den Vorjahren fanden auch 2025 keine großen öffentlichkeitswirksamen Musikveranstaltungen statt. Ein neues Phänomen ist die zunehmende Verbreitung von mit Künstlicher Intelligenz (KI) generierter rechtsextremistischer Musik. Der Einsatz von KI-Anwendungen reduziert den Aufwand zur Erstellung musikalischer Inhalte erheblich und erhöht so den Verbreitungsgrad rechtsextremistischer Inhalte.

Auch 2025 gelang es der **rechtsextremistischen Kampfsportszene** nicht, eine eigene Veranstaltung im Inland durchzuführen. Stattdessen nahmen deutsche Rechtsextremisten als Kämpfer an einschlägigen Veranstaltungen im Ausland sowie auch an nicht extremistischen Kampfsportveranstaltungen im In- und Ausland teil. Dies wird von ihnen gezielt genutzt, um im legalen Rahmen die eigene Gewaltkompetenz zu steigern sowie die Vernetzung untereinander und in die nicht extremistische Kampfsportszene voranzutreiben.

Die rechtsextremistische **Agitation gegen die LSBTIQ-Community** hat weiterhin einen bedeutenden Stellenwert für die Szene. Auch im Sommer 2025 mobilisierten vor allem aktionsorientierte Rechtsextremisten und rechtsextremistische Parteien zu Pro-

testkundgebungen wie auch Störaktionen gegen CSD-Veranstaltungen und konnten damit teilweise Teilnehmerzahlen im dreistelligen Bereich realisieren. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Beteiligung jedoch unter anderem aufgrund von Schutzmaßnahmen der Sicherheitsbehörden insgesamt zurück.

Antisemitismus bildet im Rechtsextremismus ein gemeinsames Wesensmerkmal und stellt einen verbindenden Faktor in der rechtsextremistischen Ideologie dar. Er zeigt sich in unterschiedlichen Ausprägungen sowie unterschiedlicher Intensität und reicht bis zu offenem Hass und körperlicher Gewalt. Antisemitische Narrative und Vorstellungen werden zudem an praktisch jede erdenkliche tagesaktuelle Entwicklung angepasst.

Unter die Bezeichnung **Neue Rechte** wird ein informelles Netzwerk von Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen gefasst, in dem nationalkonservative bis rechtsextremistische Kräfte zusammenwirken, um teilweise antiliberale und antidemokratische Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen. Innerhalb des Netzwerks füllen diese Akteure unterschiedliche und teils komplementäre Rollen aus; gemeinsames Ziel ist jedoch eine „Kulturrevolution von rechts“. Die

Akteure der Neuen Rechten agieren in ihrem jeweiligen Selbstbild als Strategen (aufgelöstes und neu strukturiertes „Institut für Staatspolitik“, IfS), Journalisten („AUF1“¹¹ (Verdachtsfall), „COMPACT-Magazin GmbH“), Netzwerker („Ein Prozent e.V.“), Verleger („Verlag Antaios“) oder Aktivisten („Identitäre Bewegung Deutschland“, IBD). Auch Verbindungen des aufgelösten und neu strukturierten IfS, von „Ein Prozent e.V.“ sowie der „COMPACT-Magazin GmbH“ in das Parteienspektrum, insbesondere zur „Alternative für Deutschland“ (AfD, Verdachtsfall) und deren damaliger, inzwischen aufgelöster Jugendorganisation „Junge Alternative für Deutschland“ (JA), sind bekannt. Ebenso bestehen Kooperationen mit den „Freien Sachsen“. Derartige Vernetzungsbestrebungen dienen auch dazu, eine Erosion der Abgrenzung zwischen rechtsextremistischen Kräften und der demokratischen Mitte voranzutreiben.

Während im Berichtsjahr die AfD (Verdachtsfall) unter anderem bei der Bundestagswahl weiter an Zustimmung gewann, spielte der Großteil der **rechtsextremistischen Parteien** bei Wahlen keine Rolle. Dennoch leisten ihre Organisationsstrukturen weiterhin einen wichtigen Beitrag für die inter-

ne Vernetzung und den Zusammenhalt der rechtsextremistischen Szene.

Die Partei **„Die Heimat“ (vormals NPD)** versuchte im Berichtsjahr weiterhin, sich mit thematischen Schwerpunkten wie Migrationspolitik, Sozialpolitik und dem Kampf gegen LSBTIQ-freundliche Politik bürgernäher und pragmatischer zu präsentieren. Im Berichtsjahr konnte eine gesteigerte Präsenz bei Versammlungen, aber auch ein merklicher Zulauf im Bereich der Jugendorganisation **„Junge Nationalisten“ (JN)** festgestellt werden.

Am 18. März 2025 gab die Partei **„DIE RECHTE“** die sofortige Auflösung aller Parteistrukturen und damit der Partei als solcher bekannt. Der Selbstauflösung waren eine langjährige mangelnde Mobilisierungsfähigkeit und zugleich ein anhaltender Rückgang von Führungsaktivisten in der Partei vorausgegangen.

Die Partei **„Der III. Weg“** setzte im Jahr 2025 den Ausbau ihrer Strukturen fort. Sie verfügt nun über insgesamt 29 lokale Stützpunkte sowie vier Landesverbände. Weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit war die Nachwuchswerbung in den sozialen Medien, insbe-

11 „AUF1“ wird seit Februar 2026 als gesichert rechtsextremistische Bestrebung bearbeitet.

sondere auf der Plattform TikTok. Den Rahmen für die Jugendarbeit bildet die „**Nationalrevolutionäre Jugend**“ (NRJ), die durch zielgruppenorientierte Aktionen und Veranstaltungen wie etwa Wanderungen, Kampfsporttrainings und Gemeinschaftsveranstaltungen Jugendliche an die Partei und deren Ideologie heranführen und als Reservoir für zukünftige Kader dienen soll.

Die rechtsextremistische Regionalpartei „**Freie Sachsen**“ war im Berichtsjahr ein signifikanter Akteur des sächsischen Demonstrationsgeschehens. Das Aktivitätsniveau sank zwar im Vergleich zum Vorjahr, dennoch gelang es der Partei immer wieder, Personen im zwei- bis dreistelligen Bereich zu mobilisieren. Schwerpunktthema war dabei der Protest gegen Migration und Asylbewerberheime. Neu für sich entdeckte die Partei außerdem den Protest gegen Windkraftanlagen. Den „Freien Sachsen“ geht es in ihrem öffentlichen Protest nur zweitrangig um die jeweiligen Themen. Vielmehr steht im Fokus, aktuelle Konfliktthemen aufzugreifen, die sich für das eigentliche

Hauptziel eines politischen Systemwechsels instrumentalisieren lassen.

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) wies mit Beschluss vom 20. Mai 2025 die von der „**Alternative für Deutschland**“ (AfD, Verdachtsfall) eingelegte Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) für das Land Nordrhein-Westfalen vom 13. Mai 2024 zurück.¹² In diesem hatte das OVG – in Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils des VG Köln¹³ – die Einstufung der AfD als Verdachtsfall wegen tatsächlicher Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung für rechtmäßig erklärt.¹⁴ Das Urteil des OVG ist damit rechtskräftig.

Im Verlauf des Jahres 2025 wuchs die Mitgliederzahl der AfD Parteiangaben zufolge auf 70.000 Personen an.¹⁵ Ein Abrücken der Partei von verfassungsschutzrelevanten Standpunkten war im Berichtsjahr nicht festzustellen. Vielmehr setzte sich der in den letzten Jahren im Hinblick auf die öffentlichen Verlautbarungen von Funktionären

12 BVerwG, Beschluss vom 20.05.2025 – Az. 6 B 23.24.

13 VG Köln, Urteil vom 08.03.2022 – 13 K 326/21.

14 OVG NRW, Urteil vom 13.05.2024 – Az. 5 A 1218/22.

15 Homepage „Alternative für Deutschland“ (17. Oktober 2025).

der Partei zu beobachtende Prozess der ideologischen Homogenisierung im Sinne des sogenannten solidarisch-patriotischen Lagers¹⁶ fort. Angesichts der steigenden Mitgliederzahl ist davon auszugehen, dass sich auch das extremistische Personenpotenzial innerhalb der AfD entsprechend vergrößert hat.

In vielfachen Verlautbarungen der AfD und ihrer Repräsentanten kommt ein ethnisch-abstammungsmäßig geprägtes Volksverständnis zum Ausdruck, das im Widerspruch zum Volksverständnis des Grundgesetzes steht.¹⁷ Zudem nimmt die Behauptung eines vermeintlich politisch forcierten Verdrängungsprozesses zulasten der von der AfD als ethnisch deutsch verstandenen Bevölkerung zentrale Bedeutung in ihrer Agitation ein. In diesem Zusammenhang werden regelmäßig rechtsextremistische und verschwörungstheoretische Narrative wie das der „Umvolkung“ oder des „Großen Austauschs“ der als ethnisch deutsch verstandenen Bevölkerung aufgegriffen. Weiterhin waren auch im Berichts-

jahr zahlreiche fremden- und muslimfeindliche Positionen festzustellen.

Auf dem AfD-Bundesparteitag am 11. und 12. Januar 2025 in Riesa (Sachsen) wurde die Aberkennung des Status der „Jungen Alternative“ (JA) als offizielle Jugendorganisation zum 1. April 2025 sowie die Gründung einer neuen Jugendorganisation beschlossen. Der XIII. JA-Bundeskongress am 1. Februar 2025 in Apolda (Thüringen) beschloss daraufhin die Auflösung der Organisation mit Ablauf des 31. März 2025. Dadurch hatte sich die JA unter Beibehaltung der rechtlichen Identität in einen Verein in Liquidation umgewandelt. Sie besteht seither als Liquidationsverein „JA i. L.“ (Verdachtsfall) fort. Der Gründungskongress der neuen Jugendorganisation „**Generation Deutschland**“ (GD) fand am 29. November 2025 in Gießen (Hessen) statt. Der Verlauf des Gründungskongresses und die gewählten Bundesvorstandsmitglieder deuten auf eine große personelle und inhaltliche Kontinuität der GD zur aufgelösten JA hin.

16 Der Begriff des „solidarischen Patriotismus“ steht für eine Verknüpfung sozialpolitischer und nationalistischer Positionen. Das „solidarisch-patriotische“ Lager in der AfD und ihrer ehemaligen Jugendorganisation JA steht für eine völkisch-nationalistische Ausrichtung und eine Vielzahl rechtsextremistischer Positionen und Bezüge.

17 OVG NRW, Urteil vom 13.05.2024 – Az. 5 A 1218/22.

Rechtsextremistische Finanzierungsaktivitäten sind durch eine hohe Heterogenität und Varianz in den Modi Operandi gekennzeichnet. Dabei versuchen insbesondere politische Akteure – auch aufgrund gesetzlicher Transparenzvorgaben –, ihre finanziellen Ressourcen durch legale Quellen wie Spenden und wirtschaftlichen Profit zu generieren. Demgegenüber wollen vornehmlich rechtsterroristische Gruppierungen ihre gewaltorientierten Ziele verstärkt mit verdeckten oder illegalen Finanzierungen umsetzen, insbesondere für den Erwerb von Waffen und anderen Tatmitteln. Auch bekannte Wirtschaftsfelder wie der Vertrieb szenetypischer Artikel und Gastronomie in Verbindung mit Veranstaltungsbetrieb waren im Berichtsjahr von besonderer Bedeutung für die rechtsextremistische Szene. Über einzelne Gruppierungen und politische Bestrebungen hinweg ist – insbesondere im Bereich der Neuen Rechten – festzustellen, dass Spenden und Solidaritätsveranstaltungen weiterhin eine elementare Rolle bei der Akquise von Finanzmitteln spielen. Reichweitenstarke Onlinemedien und sogenannte Content-Creators fungieren dabei als Multiplikatoren und wirtschaftliche Werbefläche für Rechtsextremisten sowie deren Ideologien und Produkte. Im Berichtsjahr konnten außerdem komplexe Finanzierungsaktivitäten fest-

gestellt werden, bei denen unter Beteiligung mehrerer Akteure große Summen insbesondere zum Erwerb unterschiedlicher Immobilien bereitgestellt wurden.

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht die Existenz der Bundesrepublik Deutschland negieren und deren Rechtssystem ablehnen. Sie sprechen den demokratisch gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten die Legitimation ab oder definieren sich gar als in Gänze außerhalb der Rechtsordnung stehend.

Ein kleiner Teil der „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Szene ist auch dem Rechtsextremismus zuzurechnen. Ideologische Überschneidungen finden sich im Bereich des Gebiets- und Geschichtsrevisionismus, bei völkischem und teilweise nationalsozialistischem Gedankengut sowie bei antisemitischen Denkmustern. Vernetzungen ergeben sich etwa im Bereich des Protestgeschehens oder über gemeinsame Telegram-Gruppen. In den letzten

Jahren zeigten Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung terroristischer Vereinigungen, dass sich aus diesen **Mischszenen** besondere Gefahrenlagen entwickeln können.

Von besonderer Bedeutung sind **monetär ausgerichtete Aktivitäten**, mit denen sich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ finanzieren und insbesondere von anderen Szeneangehörigen teils erhebliche Einnahmen erzielen. Mehrere Gruppierungen und Einzelakteure verkaufen ihren Anhängern Fantasiedokumente wie „Führerscheine“ oder „Kfz-Kennzeichen“. Auch mit Büchern, kostenpflichtigen Seminaren und Vortragsveranstaltungen werden teils erhebliche Einnahmen erzielt.

Der „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Szene sind auch im Jahr 2025 etwa 26.000 Personen (2024: 26.000) zuzurechnen. Davon sind rund 1.400 Personen (2024: 1.400), also etwas mehr als 5 %, zugleich dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen. Das

gewaltorientierte Personenpotenzial der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ beläuft sich weiterhin auf rund 10 % des Gesamtpotenzials der Szene (2025: 2.600; 2024: 2.600). Zu diesem Personenpotenzial zählen gewalttätige Szeneangehörige sowie Personen, die durch Drohungen oder gewaltbeiwortende Äußerungen auffallen.

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ stören zur Erreichung ihrer Ziele bewusst behördliche und rechtsstaatliche Abläufe. Verbreitete Strategie bleibt weiterhin die „**Vielschreiberei**“. Dabei verfassen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ausufernde Schreiben an Behörden, die nur schwer nachvollziehbare Argumente und Behauptungen sowie abwegige Rechtsauffassungen beinhalten. Die Ausführungen reichen dabei von der einfachen Ablehnung behördlichen Handelns bis hin zu Erpressungen, Beleidigungen oder Nötigungen, teilweise mit Androhungen auch schwerer Gewalttaten.

Zuletzt propagierten Anhänger der „**1871er-Bewegung**“ vermehrt die angebliche Fortgeltung der Verfassung des Deutschen Reiches von 1871. Sie versuchen damit, die ideologische Heterogenität innerhalb der „Reichsbürger“-Szene zu überwinden und ein gemeinsames Haupt

ziel – die Wiederinkraftsetzung der Bismarckschen Reichsverfassung – in den Vordergrund zu rücken.

Der zurzeit aktivste Akteur im Bereich der „1871er-Bewegung“ ist der „**Verband Deutscher Wahlkommissionen**“ (VDWK). Der VDWK versteht sich als Dachverband regionaler sogenannter Wahlkommissionen und strebt eine bundesweite Betätigung an. Er sieht sich als „notwendiges Werkzeug“ zur Behebung eines angeblichen Verfassungsnotstands.

Am 13. Mai 2025 verbot das Bundesministerium des Innern (BMI) die „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Organisation „**Königreich Deutschland**“ (KRD), da sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtete, nach Zweck und Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwiderlief und sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtete. Das KRD entwickelte über Jahre Methoden, um Gelder und Zuwendungen zu akquirieren und für den Aufbau eigener staatsimitierender Strukturen einzusetzen. Unter anderem baute das KRD ein System aus Umfeld- und Unterorganisationen auf, durch das auch die Bewegung von Geldmitteln verschleiert wurde.

Im Zusammenhang mit der **Vereinigung um Heinrich XIII. P. R.** müssen sich die mehr als 20 Hauptangeklagten seit 2024 unter anderem wegen der Mitgliedschaft in und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens vor den Oberlandesgerichten Frankfurt am Main (Hessen), München (Bayern) und Stuttgart (Baden-Württemberg) verantworten. In der Gruppierung flossen unter anderem „Reichsbürger“-Ideologeme sowie rechtsextremistische Narrative zusammen. Aus ihrer ideologisch begründeten Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland heraus beabsichtigte die Gruppierung, das politische System in Deutschland mittels Waffengewalt zu beseitigen und durch eigene Herrschaftsstrukturen zu ersetzen. Am 7. August 2025 erfolgten weitere Durchsuchungen und Festnahmen im Umfeld der Gruppierung.

Gegen acht Mitglieder der „Reichsbürger“-Organisation **„Deutsche Reichsdruckerei“** wurden am 18. November 2025 Exekutivmaßnahmen unter anderem wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung durchgeführt. Die Beschuldigten sehen sich als Mitglieder eines Deutschen Reiches, welches sich nach dem

„Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz“ von 1913 begründe und ihrer Auffassung nach weiterhin existiere.

Das Gefährdungspotenzial durch die **Waffenaffinität** vieler Szeneangehöriger besteht fort. Bei staatlichen Maßnahmen gegen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ werden immer wieder Waffen, aber auch Sprengmittel sichergestellt. So fand die Polizei im Berichtsjahr bei einer Durchsuchung des Grundstücks eines „Reichsbürgers“ in Niedersachsen zahlreiche Schusswaffen und große Mengen Munition.

Jeder Waffenbesitz bei „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ birgt das unkalkulierbare Risiko, dass sie diese Waffen einsetzen, um gegen sie gerichtete staatliche Maßnahmen gewaltsam abzuwehren. Szeneangehörige, die über waffenrechtliche Erlaubnisse verfügen, stellen daher eine ganz besondere Risikogruppe dar.

Linksextremismus

Das linksextremistische **Personenpotenzial** ist im Jahr 2025 um 4.200 auf nunmehr 42.200 Personen angewachsen, darunter 11.600 (2024: 11.200) gewaltorientierte Linksextremisten.

Die vom Linksextremismus ausgehenden **Gefahren** für die freiheitliche demokratische Grundordnung sind hoch. Das Personenpotenzial der gewaltorientierten Linksextremisten ist im Berichtsjahr auf einen neuen Höchststand angestiegen.

Linksextremismuspotezial ¹			
	2023	2024	2025
Gewaltorientierte Linksextremisten	11.200	11.200	11.600
davon Autonome	8.300	8.600	8.700
Nicht gewaltorientierte dogmatische Linksextremisten und sonstige Linksextremisten	27.800	28.800	32.850
Summe	39.000	40.000	44.450
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	37.000	38.000	42.200

1 Die Zahlen sind zum Teil geschätzt und gerundet.

Die Zahl **linksextremistisch motivierter Straftaten** stieg 2025 um 38,9 % auf 8.133 Delikte. Auch die Zahl linksextremistischer Gewalttaten stieg erheblich um 60,9 % auf 856 Delikte. Die meisten linksextremistischen Straftaten richteten sich gegen tatsächliche oder als solche ausgemachte Rechtsextremisten (6.027 Delikte, +56,2 %), gefolgt von Straftaten gegen die Polizei (1.170 Delikte, +62,3 %).

Linksextremisten wollen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung und damit die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen. „Antimilitarisierung“, „Antifaschismus“, „Antikapitalismus“ oder „Antirepression“ sind dabei anlassbezogen relevante, letztlich aber austauschbare Aktionsfelder, die nur der Erreichung der eigenen **ideologischen Zielsetzung** dienen: der Errichtung eines kommunistischen Systems beziehungsweise einer herrschaftsfreien, anarchistischen Gesellschaft.

Radikalisierungsprozesse in den vergangenen Jahren haben dazu geführt, dass im Linksextremismus von einer **hohen Gewaltbereitschaft** ausgegangen werden muss. Auch wenn es in den letzten Jahren nicht zum gezielten Einsatz von Schusswaffen oder Sprengstoffen gekommen ist, belegen vor allem Brandanschläge auf Kritische Infrastrukturen (KRITIS)¹⁸ die erhebliche Gefahr, die von gewaltbereiten Linksextremisten ausgeht. Auch künftig muss, aufgrund der vielfach verfügbaren, schwer zu schützenden Angriffsziele und vergleichsweise einfachen Tatumsetzung bei zugleich erheblichen Auswirkungen, mit linksextremistischen beziehungsweise **linksterroristischen Angriffen** auf Unternehmen und KRITIS gerechnet werden.

Aufgrund des von der Szene wahrgenommenen „Rechtsrucks“ in der Gesellschaft ist davon auszugehen, dass der „militante Antifaschismus“ seine wichtige Rolle behalten und es weiterhin zu einer Vielzahl von linksextremistisch

18 Kritische Infrastruktur (KRITIS) umfasst Anlagen, Systeme und Organisationen, die eine wichtige Bedeutung für die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Funktionen haben. Ihr Ausfall hätte erhebliche Auswirkungen auf das Gemeinwesen, z.B. in Form von Versorgungsengpässen und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Zu KRITIS gehören z.B. gemäß dem Dachgesetz zur Stärkung der physischen Resilienz kritischer Anlagen (KRITIS-Dachgesetz) bestimmte Einrichtungen aus den Sektoren Energie, Informationstechnik und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Gesundheitswesen, Wasser, Ernährung, Siedlungsabfallentsorgung, Leistungen der Sozialversicherung, Weltraum und öffentliche Verwaltung.

motivierten Straf- und Gewalttaten in diesem Kontext kommen wird.

Eine neuere Entwicklung im Linksextremismus ist der hohe Zulauf **bei „aktionsorientierten Jugendgruppen“**, den diese gewaltorientierten, neuen dogmatisch-kommunistischen Strukturen vornehmlich unter **sehr jungen Menschen** verzeichnen. Diese Gruppierungen verbinden die marxistisch-leninistische Ideologie mit einer erlebnisorientierten Jugendkultur. Bei Demonstrationen zeigen sie sich mit einheitlicher Kleidung, etwa roten Schlauchschals, sowie rede-, aktions- und gewaltbereit. Im Berichtsjahr beteiligten sie sich beispielsweise an den Protesten gegen die Gründung der AfD-Jugendorganisation „Generation Deutschland“ sowie an pro-palästinensischen Solidaritätskundgebungen. Künftig dürften sie eine noch relevantere Rolle innerhalb der links-extremistischen Szene einnehmen.

Im Jahr 2025 richtete sich erneut eine Vielzahl linksextremistischer **Angriffe gegen KRITIS und Wirtschaftsunternehmen**, wobei die Intensität der Angriffe zunahm. Dies lässt sich an den hohen Schadenssummen und den verursachten, teils schwerwiegenden Auswirkungen auf die Bevölkerung erkennen. Diese Entwicklung zeigte sich im Berichtsjahr beispielsweise bei dem

Anschlag auf zwei Hochspannungsmasten am 9. September 2025 in Berlin und setzte sich im Jahr 2026 mit dem folgenschweren Brandanschlag einer „Vulkangruppe“ am 3. Januar in Berlin fort.

Mit dem Angriff am 9. September wollten die Täter gezielt Unternehmen in einem Technologiepark schädigen. Die **Zerstörung der Hochspannungskabel** schnitt nicht nur dort ansässige Unternehmen, sondern auch zehntausende Haushalte und Gewerbebetriebe sowie Gesundheits- und Verkehrsinfrastruktur von der Stromversorgung ab. Laut einer auf der linksextremistischen Internetplattform „de.indymedia“ veröffentlichten Taterklärung sahen die Täter diesen „Kollateralschaden als vertretbar an“.

Ein weiterer **Brandanschlag auf eine Kabelbrücke** mit der Stromversorgung eines angrenzenden Heizkraftwerks führte am 3. Januar 2026 zu einem großflächigen Stromausfall. Von diesem betroffen waren rund 45.000 Haushalte und etwa 2.200 Gewerbebetriebe sowie Einrichtungen der Gesundheitsversorgung und der Verkehrsinfrastruktur. Die Dauer des Stromausfalls bis zum 7. Januar 2026 und eine Kältewelle verschärften die Folgen, da auch die Wärmeversorgung beeinträchtigt war. Eine „Vulkangruppe: Den Herrschenden den Saft abdrehen“ bekannte sich zu

dem Anschlag und dem Ziel, „die fossile Energiewirtschaft“ zu sabotieren.

Linksextremisten begründen ihre Straftaten gegen KRITIS und Wirtschaftsunternehmen regelmäßig mit Themen wie „Antirepression“, „Antimilitarismus“ oder dem **„Kampf für das Klima“**. Letzteres bietet eine hohe Anschlussfähigkeit und wird auch mit antimilitaristischen Kontexten verknüpft. Letztlich führt die Argumentation zu allen Themen immer zum gemeinsamen Kern: Die Ursache aller Probleme liege ausschließlich im „Kapitalismus“. Wirtschaftsunternehmen gelten dabei ganz allgemein als tragende Säulen des „ausbeuterischen kapitalistischen Systems“, das Linksextremisten zerstören und überwinden wollen. Darum ist nahezu jedes größere Unternehmen abstrakt gefährdet, Ziel linksextremistischer Straftaten zu werden.

Ein Beispiel für das vermeintliche Engagement von Linksextremisten im Klimaschutz stellt die linksextremistische Kampagne „Switch off“ dar. In dem Aufruf der Anfang 2023 initiierten Kampagne wird jegliches staatliche Handeln zur Lösung der Klimakrise abgelehnt und gefordert, die Verantwortlichen für „die Zerstörung der Natur“ sowie „die Infrastruktur des Kapitalismus“ anzu-

greifen. Auf der Website der Kampagne findet sich eine Auflistung verschiedener Energieversorger und anderer Industrieunternehmen, die in besonderem Maße für die Klimakrise verantwortlich seien. Die Kampagne und die damit verbundene Aufforderung zur Begehung von Straftaten hat in der gewaltbereiten linksextremistischen Szene verfangen. Bislang wurden mehr als 100 Straftaten in einen Zusammenhang mit „Switch off“ gesetzt. Beispielsweise brannten im Juni 2025 zahlreiche Transporter der Unternehmen Amazon und Telekom vollständig aus. Das nach der Tat veröffentlichte Bekennerschreiben wurde auf „de.indymedia“ und der Website von „Switch off“ veröffentlicht.

Das Themenfeld **„Antimilitarismus“** hat seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der daraus resultierenden Entwicklungen in Deutschland in der linksextremistischen Szene stark an Bedeutung gewonnen. Vor dem Hintergrund der Debatte über „Kriegstüchtigkeit“ sowie der Einführung eines Neuen Wehrdiensts dürften linksextremistische Akteure zunehmend den Kampf gegen eine vermeintliche „Militarisierung der Gesellschaft“ aufnehmen und das Themenfeld des „Antimilitarismus“ noch weiter an Bedeutung gewinnen. Links

extremisten und auslandsbezogene Extremisten beteiligten sich vor diesem Hintergrund auch an den „Aktionsstagen“ und dem Protestcamp des antimilitaristischen Bündnisses „Rheinmetall Entwaffnen“ im August 2025.

Ablehnung und Kritik gegenüber dem Staat Israel beruhen unter Linksextremisten regelmäßig auf einer antiimperialistischen Denkweise. Nach dieser wird Israel als verlängerter Arm der USA angesehen, der die palästinensische Bevölkerung aus kapitalistischen und imperialistischen Beweggründen kolonialisieren würde. Diese Unterteilung besitzt noch keine antisemitische Dimension. **Antisemitismus** ist kein elementarer Bestandteil der linksextremistischen Ideologie. Dennoch vertreten viele Linksextremisten israelfeindliche Positionen und zeigen eine einseitige propalästinensische Parteinahme. Doch gilt ihnen Israel nicht etwa wie in antisemitischen Verschwörungstheorien als „geheime Macht“ hinter den USA, sondern wird umgekehrt als Instrument der USA verstanden, was „klassischen“ antisemitischen Auffassungen widerspricht. Antiimperialismus und Israelfeindschaft von Linksextremisten können auch mit einer Ablehnung des Zionismus als jüdischer Nationalbewegung und des daraus hervorgegangenen Staates Israel einhergehen. Vor allem die Negierung des

Existenzrechts Israels muss vor diesem Hintergrund als israelbezogener Antisemitismus gewertet werden. Für die sonst eher zu Streit und Spaltung neigende dogmatische linksextremistische Szene ist die Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung ein zentrales und einander verbindendes Betätigungsfeld.

Gewaltorientierte Linksextremisten verstehen Straftaten und Gewalt als legitimen Bestandteil ihres **„antifaschistischen Kampfes“**. Diesen betrachten sie als das einzig wirksame Mittel gegen von ihnen selbst definierte „Faschisten“. Ihr militantes Vorgehen reicht dabei von „Outings“ über Bedrohungen, Beschädigung oder Zerstörung von Eigentum, Brandstiftungen an Fahrzeugen oder Trefforten bis hin zu körperlichen Angriffen. Dabei richten sie sich nicht nur gegen tatsächliche Rechtsextremisten, sondern gegen alle Personen oder Institutionen, die der eigenen Weltsicht nach als „faschistisch“ angesehen werden. Auch schwerste Angriffe auf Menschen betrachten sie dabei als legitim und erforderlich. Aufgrund des von der Szene wahrgenommenen „Rechtsrucks“ in der Gesellschaft und der Wahlerfolge der als „faschistisch“ angesehenen AfD wird der **„militante Antifaschismus“** auch zukünftig eine wichtige Rolle im Linksextremismus spielen.

Vernetzung mit ideologisch Gleichgesinnten im In- und Ausland ist ein immanentes Merkmal des Linksextremismus. In äußerst gewaltbereite bis terroristisch agierende linksextremistische Szenen im Ausland, insbesondere nach Frankreich, Italien und Griechenland, pflegen Linksextremisten Kontakte – ebenso wie zu Personen und Organisationen aus dem türkischen Linksextremismus und dem säkularen propalästinensischen Extremismus hierzulande. Die grenzüberschreitende Vernetzung wird vor allem dadurch sichtbar, dass auf staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten in anderen Staaten regelmäßig mit Solidaritätsbekundungen und -aktionen reagiert wird. So dient beispielsweise der Tod eines griechischen Linksextremisten am 31. Oktober 2024, der als „Märtyrer im Kampf gegen Staat und Kapital“ verklärt wird, sceneintern weiterhin als identitätsstiftendes Ereignis, auf das bei Veranstaltungen oder Taterklärungen regelmäßig Bezug genommen wird.

Neben Solidarisierungen mit propalästinensischen Extremisten bestehen auch Vernetzungen in den **auslandsbezogenen Extremismus**, etwa mit der in Deutschland verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Dieses Engagement nutzt die PKK sowohl für ihre

Propaganda in Deutschland als auch zur Rekrutierung für den Kampf in den kurdischen Siedlungsgebieten. Seit 2013 sind etwa 80 Personen aus dem deutschen linksextremistischen Spektrum in den Südosten der Türkei, nach Nordsyrien oder Nordirak ausgereist, wovon sich die meisten der PKK oder ihr nahestehenden Gruppierungen angeschlossen haben. Ihre Betätigung vor Ort reichte von humanitären Hilfen über prokurdische Propaganda bis in einigen Fällen hin zur aktiven Beteiligung am Kampfgeschehen. Linksextremisten mit Kampferfahrung stellen nach der Rückkehr ein besonderes Sicherheitsrisiko dar, da sie die erlernten Fertigkeiten im Umgang mit Waffen oder Sprengstoffen auch in ihren Heimatländern zum Einsatz bringen könnten.

Islamismus/islamistischer Terrorismus

Insgesamt ergibt sich für das Jahr 2025 ein Islamismuspotenzial von 28.645 Personen (2024: 28.280). Das gewaltorien-

tierte islamistische Personenpotenzial wird auf 9.110 (2024: 9.540) geschätzt.

Personenpotenzial Islamismus/islamistischer Terrorismus ¹			
Organisationen	2023	2024	2025
Salafistische Bestrebungen	10.500	11.000	11.200
„Islamischer Staat“ (IS) und Regionalorganisationen „Al-Qaida“ und Regionalorganisationen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Hezb-e Islami GULBUDDIN“/„Hezb-e Islami-ye Afghanistan“ (HIG/HIA)	210	210	210
„Hizb Allah“	1.250	1.250	1.250
„Harakat al-Muqawama al-Islamiya“ (HAMAS)	450	550	650
„Türkische Hizbullah“ (TH)	400	400	400

„Hizb ut-Tahrir“ (HuT)	800	850	950
„Muslimbruderschaft“ (MB)/„Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V.“ (DMG)	1.450	1.450	1.450
„Tablighi Jama’at“ (TJ)	550	550	550
„Islamisches Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH) und sonstiger schiitischer Extremismus	keine gesicherten Zahlen	550	550
„Millî Görüş“-Bewegung und zugeordnete Vereinigungen	10.000	10.000	10.000
„Furkan Bewegung“	500	500	500
„Kalifatsstaat“	700	600	600
Sonstige ²	390	370	335

1 Die Zahlenangaben beziehen sich auf Deutschland und sind zum Teil geschätzt und gerundet.

2 Weitere Organisationen, deren Mitglieder- und Anhängerzahlen im Islamismuspotenzial zu berücksichtigen sind.

Die Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland ist anhaltend hoch. Dabei stehen die im Berichtsjahr verübten islamistisch motivierten Anschläge in Berlin, Bielefeld, Essen (beide Nordrhein-Westfalen) und München (Bayern) symbolisch für die Bedrohung durch jihadistische Akteure in Deutschland und Europa.

Insbesondere der IS, aber auch „al-Qaida“ oder diesen beiden Organisationen nahestehende Gruppierungen versuchen weiterhin, Anschläge im Westen – also auch in Europa und Deutschland – zu verüben oder hierzu anzuspornen.

Der IS ist die Organisation, die die global-jihadistische Ideologie nicht nur

propagiert, sondern der es auch gelingt, durch direkte Anleitung oder durch Verbreitung einschlägiger Propaganda Menschen zu finden, die bereit sind, diese Ideologie durch terroristische Anschläge in die Tat umzusetzen. Die „Anforderungen“, die der IS an potenzielle Täter stellt, könnten geringer nicht sein. Für die Auswahl der Opfer genügt es, „Ungläubige“ anzugreifen, womit faktisch alle Personen gemeint sind, die nicht mit dem IS sympathisieren. Hinsichtlich der Auswahl der Tatmittel setzt der IS auf alles, was verfügbar und möglich ist; ideologisch reicht eine erklärte Loyalität zum IS aus, eine formale organisatorische Anbindung an die Organisation ist nicht erforderlich.

Der in Afghanistan beheimatete IS-Regionalabteiler „Islamischer Staat Provinz Khorasan“ (ISPK) blieb auch im Berichtsjahr von besonderer Relevanz für die Sicherheitslage in Deutschland. In seiner Propaganda drohte er Europa und explizit auch Deutschland mit Anschlägen – insbesondere auf Veranstaltungsorte mit größeren Menschenansammlungen, darunter das Oktoberfest.

Die Trends der jihadistischen Szene in Deutschland aus dem Jahr 2024 setzen sich 2025 fort und verstärkten sich:

- Aufkommen immer jünger werdender Akteure – teilweise unterhalb der mit 14 Jahren beginnenden Strafmündigkeit.
- Die Bedeutung jihadistischer Ideologie nimmt ab. Gleichzeitig nimmt die Faszination für die Darstellung und Ausübung auch brutaler Gewalt stark zu.
- Fortbestehend kann ein Anteil (oft noch minderjähriger) Personen mit psychischen Auffälligkeiten oder einer psychischen Erkrankung unter den jihadistischen Akteuren beobachtet werden.

Eine besondere Herausforderung stellt die rasante, **meist online stattfindende Radikalisierung von Minderjährigen** dar. Dabei spielt nicht nur der Konsum von Propaganda, welche auch auf Mainstream-Plattformen wie Instagram und TikTok zu finden ist, eine Rolle, sondern vor allem eine weitverzweigte, oft internationale Vernetzung mit Gleichgesinnten über Online-Messenger, -Kanäle und -Foren. Auch Gaming-Plattformen werden von extremistischen Akteuren gezielt genutzt, um junge Menschen anzusprechen und ideologisch zu beeinflussen.

Mithilfe von **KI** wird auf relativ einfache Weise islamistische Propaganda mit ausdrucksstarken Bildern und Videos generiert. Islamisten versuchen durch das Erstellen von KI-generierten Animationen oder Cartoons vor allem junge Menschen zu erreichen. Neben der Produktion von Propaganda werden KI-Tools zudem für die Rekrutierung neuer Mitglieder genutzt.

Die Abkoppelung des Jihadismus vom **Salafismus** und anderen islamistischen Strömungen und Organisationen setzt sich fort. Salafistische Akteure und auch einzelne Akteurinnen vermitteln in ihren Aktivitäten zunehmend ein nur noch salafistisch angehauchtes Lebensgefühl als umfassende salafistische Ideologie. Eine ideologische Verflachung zeigt sich somit auch in der salafistischen Szene selbst. Gerade mit ihren an ein breites Publikum gerichteten Aktivitäten, zu denen inzwischen auch Coachings zu Themen wie Awareness oder Selfcare gehören, generieren die Akteure erhebliche Einnahmen.

Gegen „den Westen“ insgesamt und seine pluralistische und demokratische Gesellschaft agitieren auch Gruppierungen, die der verbotenen „**Hizb ut-Tahrir**“ (**HuT**) nahestehen. So behaupten sie, auch in Deutschland würden Musliminnen und Muslime, bedingt durch

eine staatliche Agenda, systematisch diskriminiert. Als Lösung für diese Situation propagieren sie die Schaffung eines islamischen Staates, eines Kalifats. Am 5. November 2025 hat das Bundesministerium des Innern die der HuT nahestehende islamistische Vereinigung „**Muslim Interaktiv**“ verboten, da sich Zweck und Tätigkeiten des Vereins gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland sowie gegen den Gedanken der Völkerverständigung richteten.

Es besteht weiterhin eine abstrakt **erhöhte Gefährdung israelischer und jüdischer Ziele**, wozu auch Aktivitäten der **HAMAS** beitragen. Für ihre Agitation stellt der Nahostkonflikt das zentrale und fortwährende Thema dar. Die bei den Festnahmen mutmaßlicher HAMAS-Anhänger am 1. Oktober 2025 in Deutschland sichergestellten Schusswaffen zeigen erneut, dass die Terrororganisation ihren Aktionsraum für operative Aktivitäten in Einzelfällen auch auf Deutschland und Europa ausweiten könnte. Bereits nach den Festnahmen von mutmaßlichen HAMAS-Anhängern im Dezember 2023 in Deutschland und den Niederlanden konnten in Europa Waffenfunde mit mutmaßlichem Bezug zur HAMAS festgestellt werden.

Islamistische Gruppierungen – von den Jihadisten des IS über HAMAS und „Hizb Allah“, über Salafisten und HuT-nahe Aktivisten bis zu Anhängern der „Millî Görüş“-Bewegung – sind vereint in der ablehnenden Haltung zu Israel und ihrem **Antisemitismus**, der oft mit dieser Haltung einhergeht. In jüngerer Vergangenheit wurde erneut deutlich, dass antisemitische Narrative – insbesondere im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt – auch in Deutschland ein erhebliches Emotionalisierungs- und Mobilisierungspotenzial besitzen, welches sich islamistische Akteure zunutze machen.

Die Identifizierung und **Aufklärung von Finanzströmen** ist ein essenzieller Bestandteil der Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus. Nationale und internationale Maßnahmen greifen dabei ineinander. Vereinsverbote bleiben ein wichtiges Instrumentarium, um die organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten von Islamisten einzuschränken. Entsprechende Finanzaktivitäten werden aufgeklärt und verfolgt, finanzielle Strukturen und Netzwerke identifiziert. So wird die Finanzierung terroristischer Taten erschwert und den betreffenden Akteuren bereits im Vorfeld von Anschlägen die finanzielle Grundlage entzogen. Dadurch

wird ihr Aktionsradius eingeschränkt und Propaganda- und Rekrutierungsbemühungen werden unterbunden.

Das „**Feindbild LSBTIQ**“ – die Ablehnung lesbischer, schwuler, bisexueller, trans- und intergeschlechtlicher sowie queerer Menschen (zusammengefasst: LSBTIQ) – ist fester Bestandteil aller islamistischen Ideologien. Forderungen, gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt tolerant zu sein, werden von islamistischen Akteuren als westlicher, quasikolonialistischer Export interpretiert. Dieser verfolge das Ziel, die islamische Gemeinschaft zu zerstören. Vor diesem Hintergrund verbreiten Islamisten Hasspropaganda und instrumentalisieren das Thema gezielt als zusätzliches Agitationsfeld in ihrem Kampf gegen vermeintlich moralisch „fehlgeleitete“, westliche Werte.

Auslandsbezogener Extremismus/ Terrorismus

Das **Personenpotenzial** im auslandsbezogenen Extremismus/Terrorismus ist im Jahr 2025 um rund 4 % auf insgesamt 33.850 Personen (2024: 32.500)

angestiegen. Die zahlenmäßig bedeutendste Organisation in Deutschland bleibt weiterhin die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) mit 15.000 Anhängern.

Personenpotenzial im auslandsbezogenen Extremismus/Terrorismus in Deutschland ¹			
	2023	2024	2025
„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)	15.000	15.000	15.000
Türkischer Rechtsextremismus	12.500	12.900	13.500
Türkischer Linksextremismus	2.500	2.500	3.250
Säkularer palästinensischer Extremismus	250	1.000	1.000
Sonstige	400	1.100	1.100
Summe	30.650	32.500	33.850

1 Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

Fast 22.000 Personen im auslandsbezogenen Extremismus/Terrorismus sind der Definition¹⁹ nach als gewaltorientiert einzuordnen – so viele wie in keinem anderen Phänomenbereich. Mit Blick auf die Gefährdungslage ist allerdings festzuhalten, dass die Personen im auslandsbezogenen Extremismus/Terrorismus hierzulande vergleichsweise selten körperliche Gewalt anwenden. Kommt dies dennoch vor, handelt es sich zumeist um konfrontative Gewalt gegen die Polizei oder den politischen Gegner im Rahmen von Demonstrationen. Ein Großteil der Personen unterstützt aber auf unterschiedliche Weise Organisationen, die in ihren Heimatländern mit tödlicher Gewalt und Terror agieren oder diese propagieren.

Nachdem die Zahl der **Straf- und Gewalttaten** mit einem auslandsbezogenen extremistischen Hintergrund in den letzten Jahren – auch durch die anhaltende Eskalation im Nahostkonflikt – kontinuierlich angestiegen war, schwächte sich diese Entwicklung im Jahr 2025 etwas ab. Die Zahl bewegte sich in etwa auf Vorjahresniveau. In der Kategorie „Politisch motivierte Kriminalität – ausländische Ideologie“ wurden 4.482 Delikte mit Extremis-

musbezug gezählt, was einen Rückgang um 1,1 % bedeutet (2024: 4.534). Die Zahl der Gewalttaten sank um 13,8 % auf 523 Delikte (2024: 607).

Vor allem Reaktionen auf die anhaltende Eskalation in Nahost beinhalten immer wieder strafbares Handeln in Form von Gewalt, Ausschreitungen, verbotenen Parolen und Symbolen oder dem Billigen der Terrorangriffe der HAMAS auf Israel, häufig im Rahmen von Versammlungen oder abseits davon vor allem in Form von Sachbeschädigungen. So war erneut bei mehr als zwei Dritteln der 2025 im auslandsbezogenen Extremismus/Terrorismus verübten Straftaten – das bedeutet mehr als 3.200 Delikte (2024: mehr als 3.000, +6,6 %) – eine israelfeindliche beziehungsweise propalästinensische Tatmotivation zu verzeichnen. Ein Anstieg war auch bei den Delikten mit antisemitischem Bezug festzustellen, hier wurden 2.132 Delikte (2024: 1.776, +20 %) registriert.

Die mitgliederstärkste Organisation im auslandsbezogenen Extremismus/Terrorismus in Deutschland ist weiterhin die **PKK**. Im Jahr 2025 setzte sie trotz des eingeleiteten Friedensprozesses in der Türkei ihre Aktivitäten in Deutsch-

19 Als „gewaltorientiert“ werden Personen definiert, die als gewalttätig, gewaltbereit, gewaltunterstützend oder gewaltbefürwortend eingeordnet werden können.

land in gewohnter Art und Weise fort. So wurden im Jahr 2025 erneut zahlreiche Veranstaltungen mit teils mehreren Tausend Teilnehmenden durchgeführt. Die zahlreichen Veranstaltungen der PKK zeigen, dass sie nicht nur willens, sondern auch in der Lage ist, ihre Anhängerschaft umfangreich zu mobilisieren und darüber hinaus weitere Personen für ihre Anliegen anzusprechen.

Der Verfolgungsdruck deutscher Sicherheitsbehörden auf PKK-Funktionäre in Deutschland bleibt hoch. Wie in den Vorjahren wurden auch 2025 Führungsfunktionäre der PKK zu mehrjährigen Haftstrafen wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung verurteilt. Weitere Strafverfahren gegen Führungsfunktionäre sind anhängig.

In Europa bemüht sich die PKK um ein weitgehend gewaltfreies Erscheinungsbild, wohingegen sie in der Türkei nach wie vor terroristische Anschläge verübt, zuletzt im Oktober 2024 in Ankara. Auch wenn in Europa vordergründig friedliche Veranstaltungen und Aktivitäten der PKK stattfinden, bleibt Gewalt auch hier eine strategische Option der PKK. Die Organisation ist in der Lage, zumindest punktuell, auch in Deutschland Gewalt einzusetzen, sofern ihr dies geboten scheint.

Die PKK indoktriniert und rekrutiert in Deutschland zumeist jugendliche Anhängerinnen und Anhänger für den bewaffneten Kampf in den kurdischen Siedlungsgebieten. Neben persönlicher Ansprache durch PKK-Kader oder ihre Jugendorganisation wird hierfür auch der eigene Medienapparat genutzt. Trotz des eingeleiteten Friedensprozesses halten die Rekrutierungsbemühungen bislang unverändert an.

Die wesentliche Einnahmequelle der PKK in Deutschland ist die äußerst konspirativ verlaufende „Jahresspendenkampagne“ („kampanya“). Mit geschätzt zwischen 13 und 14 Millionen Euro (2024: zwischen 14 und 15 Millionen Euro) war zum zweiten Mal in Folge ein Rückgang der Spendeneinnahmen festzustellen. Als Gründe hierfür können unter anderem die immer noch andauernden finanziellen Nachwirkungen der Coronapandemie, aber auch die zurzeit hohe Inflation gesehen werden.

Türkische Linksextremisten verfolgen das Ziel, die Staats- und Gesellschaftsordnung in der Türkei gewaltsam zu überwinden und an ihrer Stelle eine kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Zu den relevantesten in Deutschland aktiven türkischen linksextremistischen Organisationen gehören die „Revolutionäre Volks-

befreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und die „Marxistische Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP).

Bei der Anhängerschaft der **DHKP-C** zeigte sich – aufgrund der Verhaftung von Führungsfunktionären im Jahr 2024 – eine fortgesetzte starke Verunsicherung, wodurch bei den Veranstaltungen der Organisation im Berichtsjahr nur eine schwache Beteiligung feststellbar war. Integraler Bestandteil der Propagandaaktivitäten der Organisation in Deutschland ist die Musikgruppe „**Grup Yorum**“, deren weit über die eigene Anhängerschaft hinausgehende Reichweite von der DHKP-C auch zur Rekrutierung neuer, vor allem jugendlicher Anhängerinnen und Anhänger genutzt wird.

Einer der aktivsten extremistischen Akteure in Bezug auf Mobilisierung, Organisation und Teilnahme an propalästinensischen Versammlungen und spektrenübergreifenden Vernetzungstreffen war im Jahr 2025 „**Young Struggle**“ (YS). Die Jugendorganisation der MLKP ist um eine breite Anschlussfähigkeit und Vernetzung bemüht und agiert regelmäßig gemeinsam mit deutschen Linksextremisten. Im Berichtsjahr konnte YS einen deutlichen Mitgliederzuwachs ver-

zeichnen. Zudem zeigte sich eine gesteigerte Gewaltbereitschaft. YS fiel unter anderem mit Blockadeaktionen bei Medienanstalten oder Aktionen gegen Polizisten bei Demonstrationen auf.

Die **rechtsextremistische türkische „Ülkücü“-Bewegung** („Graue Wölfe“) entstand Mitte des 20. Jahrhunderts. Sie beruft sich auf eine extrem nationalistische bis rechtsextremistische Ideologie, die von Elementen wie Rassismus, Antisemitismus und einer Überhöhung des Türkentums geprägt ist.

Von den rund 13.500 in Deutschland lebenden türkischen Rechtsextremisten sind etwa 10.500 in drei großen Dachverbänden organisiert, die in unterschiedlicher Ausprägung die „Ülkücü“-Ideologie vertreten. Die Verbände sind nach außen um ein gemäßigtes Auftreten bemüht. Akteure aus der unorganisierten „Ülkücü“-Szene leben ihre rassistischen oder antisemitischen Feindbilder dagegen häufig offen aus, etwa in den sozialen Medien, aber auch beim öffentlichen Aufeinandertreffen mit ihren politischen Gegnern, wo sich das hohe Gewaltpotenzial der Szene zeigt. In der unorganisierten Szene konnte ein Zuwachs auf circa 3.000 Personen (2024: 2.400) verzeichnet werden.

Der säkulare propalästinensische Extremismus besteht aus verschiedenen Organisationen, Bewegungen, Netzwerken und Einzelpersonen. Was diese Gruppierungen und Personen eint, ist die Feindschaft gegenüber Israel, dessen Existenzrecht sie nicht anerkennen und gegen das sie in völkerverständigungswidriger Weise agitieren. Zu den wichtigsten Organisationen in diesem Spektrum gehören die „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) und das internationale palästinensische Gefangenensolidaritätsnetzwerk „Samidoun“, das von Mitgliedern der PFLP gegründet wurde. Seit November 2023 ist die Vereinigung „Samidoun“ in Deutschland verboten. Ehemalige Akteure waren 2025 weiterhin in der extremistischen propalästinensischen Szene aktiv, allerdings nicht mehr unter dem Label „Samidoun“. Vielfach unterstützen propalästinensische Extremisten den Aufruf der Bewegung **„Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“ (BDS)**. Die Unterstützung der BDS-Bewegung kann ein Merkmal für eine extremistische Bestrebung sein.

In Deutschland gab es 2025 im Zusammenhang mit dem **Nahostkonflikt** wieder zahlreiche propalästinensische Aktionen und Veranstaltungen. Die Zahl der Veranstaltungen nahm allerdings im Vergleich zum Vorjahr ab und die Betei-

ligung fiel – mit wenigen Ausnahmen – geringer aus. Berlin blieb ein Protestschwerpunkt. Ferner ist festzustellen, dass säkulare propalästinensische Extremisten ihre Zusammenarbeit mit deutschen und türkischen Linksextremisten im Berichtsjahr weiter intensivierten und verfestigten. Die enge Zusammenarbeit hat dazu geführt, dass sich insbesondere in den sozialen Medien ein gemeinsamer Resonanzraum für israel-feindliche Propaganda und Agitation gebildet hat. Säkulare propalästinensische Extremisten nehmen dabei eine Scharnierfunktion zwischen verschiedenen extremistischen Spektren ein. Diese Entwicklung könnte sich zukünftig weiter fortsetzen und noch verstärken.

Im auslandsbezogenen Extremismus/Terrorismus sind Organisationen zusammengefasst, die ganz unterschiedliche Ideologien und Bestrebungen aufweisen und ihren Ursprung in verschiedenen Heimat- und Bezugsländern haben. Entsprechend unterschiedlich ist hier der **Antisemitismus** ausgeprägt. Trotz der Unterschiede konnte nach dem Terrorangriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 beobachtet werden, wie sich extremistische Bewegungen und Gruppierungen über Strömungen und ideologische Differenzen hinweg miteinander solidarisierten. Dies wirft ein Schlaglicht

Spionage, Cyberangriffe und sonstige sicherheits- gefährdende oder geheim- dienstliche Aktivitäten für eine fremde Macht

Deutschland ist aufgrund seiner Wirtschaftskraft und seiner als Mittelmacht einflussreichen Position in internationalen Organisationen wie EU und NATO eines der wichtigsten Ziele für Nachrichtendienste anderer Staaten. Der Paradigmenwechsel in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik infolge geopolitischer und geökonomischer Umbrüche bestimmt weiterhin das nachrichtendienstliche Handeln gegen Deutschland.

Die Gefährdung ist geprägt durch unterschiedliche Akteure, Interessen und Vorgehensweisen, die sich gegen vielfältige Zielflächen hierzulande richten. Neben Politik und Verwaltung, Militär und Verteidigungsindustrie, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sind auch Kritische Infrastrukturen (KRITIS), zivilgesellschaftliche Einrichtungen und Angehörige der jeweiligen Diaspora betroffen. Cyberangriffe und Spionage verursachen jedes Jahr betriebs- und volkswirtschaftliche Schäden in dreistelliger Milliardenhöhe.

Fremde Mächte bedienen sich illegitimer oder auch illegaler Methoden, um Informationen zu erlangen, Know-how zu stehlen und ihre Interessen durchzusetzen. Sie betreiben unzulässige wirtschaftliche oder politische Einflussnahme, verbreiten Desinformation, führen Sabotage- und Spionageoperationen durch bis hin zu Tötungsoperationen. Hierbei setzen sie menschliche Quellen, Cyberangriffe und andere technische Aufklärungsmittel ein. Sie beabsichtigen, politische Entscheidungsprozesse auszuforschen und zu manipulieren, das Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat zu schwächen und die Verteidigungsfähigkeit zu verringern. Deutschland und die europäische Ordnung sollen auf diese Weise destabilisiert werden.

Mit dem Ziel, die eigene Macht auf innen- wie außenpolitischer Ebene zu festigen, überwachen und verfolgen fremde Nachrichtendienste Oppositionelle und andere, als Gegner eingestufte Personen, die sich in

Deutschland aufhalten. Der Begriff **Transnationale Repression (TNR)** beschreibt diese von fremden Staaten außerhalb ihrer Landesgrenzen betriebenen Unterdrückungsmaßnahmen. Diese können von Ausspähungen über Bedrohungen und im äußersten Fall bis hin zu Entführungen oder gar Mord reichen. Damit werden nicht nur Kritiker verfolgt, sondern auch Deutschlands Souveränität verletzt.

Im Jahr 2025 gingen nachrichtendienstliche Aktivitäten hauptsächlich von der Russischen Föderation, der Volksrepublik China und der Islamischen Republik Iran aus. Russlands fortgesetzter Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine immer aggressivere Konfrontation mit den europäischen Demokratien fordern besondere Wachsamkeit von Staat und Gesellschaft. Selbiges gilt für das umfassende und strategische Vorgehen Chinas bei Spionage und anderen Formen des unerwünschten Wissenstransfers, für Irans Staatsterrorismus sowie die TNR-Aktivitäten dieser und anderer Staaten.

Die Russische Föderation sieht sich in einem systemischen Konflikt mit den europäischen Demokratien und strebt eine grundlegende Änderung der Friedensordnung in Europa an. Die

Aktivitäten russischer Dienste bewegen sich seit vielen Jahren auf sehr hohem Niveau. Von besonderem Interesse sind die (sicherheits-)politischen Ziele Deutschlands, der EU und der NATO im Hinblick auf den Kriegsverlauf in der Ukraine sowie ein mögliches Kriegsende. Militärische Einrichtungen und die Fähigkeiten der Bundeswehr sowie Unterstützungsleistungen für die Ukraine stehen ebenfalls im Fokus. Mit Blick auf die deutsche Innenpolitik sowie die europäische Energiepolitik versuchen die russischen Dienste, Informationen zu einzelnen Parteien zu erlangen. Dies galt besonders für die Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2025 und die politischen Ziele der neuen Bundesregierung.

Russische Spionageaktivitäten gingen bis 2022 häufig von den Legalresidenturen aus. Nach der Schließung von vier russischen Auslandsvertretungen spielen **soziale Netzwerke** sowie **reisende Agenten** bei der Anbahnung von Kontakten oder zur Informationsgewinnung eine wichtige Rolle. Außerdem führt Russland weiterhin Operationen durch, die aus den Zentralen der Nachrichtendienste in Moskau gesteuert werden.

Insbesondere seit dem Jahreswechsel 2023/2024 ist in Europa zunehmend der

Einsatz von sogenannten Low-Level-Agenten²⁰ zu verzeichnen, die zumeist über Messengerdienste angeworben werden. Über diese Vorgehensweise hinaus ist eine verstärkte Bereitschaft der russischen Dienste erkennbar, nach einem pragmatischen Ansatz verfügbare und für konkrete Tätigkeiten geeignete Personengruppen – oft mit kriminellem Hintergrund – als Proxys²¹ einzusetzen.

Auch im Bereich der staatlich gesteuerten **Sabotage** sind die russischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste zentrale Akteure. Hierfür greifen sie ebenso auf Low-Level-Agenten zurück. Diesen bleibt der nachrichtendienstliche Hintergrund ihrer jeweiligen Strukturen mutmaßlich oft verborgen – auch aufgrund undurchsichtiger Auftragsketten mit zwischengeschalteten Mittelspersonen. Damit setzen die Auftraggeber einen Kernbestandteil des russischen hybriden Vorgehens um: die Schaffung einer (mehr oder weniger) plausiblen Abstreitbarkeit. Vorfälle werden öffentlich geleugnet und eindeutige Zuschreibungen durch die

gewählte Vorgehensweise zumeist vermieden. Der Modus Operandi ist darauf angelegt, eine Unterscheidung von tatsächlich durch Russland gesteuerten Sabotageakten und sonstigen Vorfällen (beispielsweise Aktivitäten von Extremisten, Kriminellen oder Unfälle) zu erschweren. Teil der Strategie ist es, Verunsicherung hinsichtlich hybrider Aktionen Russlands zu schüren sowie von einer aufgeregten öffentlichen Debatte zu profitieren.

Nach Einschätzung des BfV zielen die russischen Sabotageaktivitäten auch darauf ab, die NATO und ihre Mitglieder hinsichtlich möglicher Reaktionen zu testen. Zudem sollen die Unterstützung der Ukraine sowie der Zusammenhalt in EU, NATO und der deutschen Gesellschaft geschwächt und die eigenen (macht-)politischen Ambitionen hervorgehoben werden. Dazu werden Parteien, Personen und Organisationen an den politischen Rändern direkt oder indirekt gestärkt, die Russlands Narrative stützen.

20 Der Begriff Low-Level-Agent (auch „Taschengeld-Agent“ oder „Wegwerf-Agent“) beschreibt Personen, die niedrigschwellig durch ausländische Nachrichtendienste angeworben und unmittelbar für vergleichsweise einfache Operationen eingesetzt werden. Sie sind für den führenden ausländischen Nachrichtendienst entbehrlich und eine Enttarnung wird zumeist billigend in Kauf genommen.

21 Der Begriff Proxy umfasst sämtliche Personen, Organisationen oder fremde Nachrichtendienste, die im Interesse eines gegnerischen fremden Nachrichtendienstes oder sonstiger Staatsorgane tätig werden, ohne diesen selbst anzugehören.

Russland investiert seit Jahren erheblich in die **illegitime Einflussnahme** auf die öffentliche Meinung hierzulande, um eigene Positionen zu stärken. Diese Einflussbemühungen verfangen insbesondere an den politischen Rändern, wobei in der Regel eine antilibérale, antidemokratische, antiwestliche, antim Amerikanische oder generell pro-russische Haltung betroffener Personen als Anknüpfungspunkt dient.

Um ein wohlwollendes Umfeld für die Durchsetzung von außen-, sicherheits- oder wirtschaftspolitischen Interessen zu schaffen, nutzen russische Einflussakteure vielfältige Mittel des verdeckten Agierens. Besonders Reisen deutscher Politikerinnen und Politiker nach Russland können propagandistisch genutzt werden und eignen sich zudem für illegitime Einflussversuche. Auch die Übernahme von Reise- und Unterbringungskosten und die Gelegenheit exklusiver Treffen mit hochrangigen russischen Politikern oder Beamten kann Verbindlichkeiten und Abhängigkeiten bei den Besuchenden schaffen.

Im Bereich der illegitimen Einflussnahme standen zudem verstärkt Vereine im Fokus, die – unter dem Vorwand humanitärer Hilfe – Güter und Gelder in von Russland annektierte Gebiete im Osten

der Ukraine verbracht haben sollen. Dabei besteht der Verdacht, dass ein Teil dieser Güter mutmaßlich der Unterstützung des russischen Militärs dient.

Russische **Cyberangriffe** zielen vorrangig auf eine kontinuierliche Informationsbeschaffung, können aber auch Sabotage- oder Einflussnahmeaktivitäten sowie das Verbreiten von Desinformation oder Propaganda bezwecken. Sie richten sich überwiegend gegen Politik und Verwaltung, Militär, Medien und Wirtschaft, aber auch gegen wissenschaftliche und kulturelle Organisationen und weitere Gruppierungen der Zivilgesellschaft. Besonders die staatlich gesteuerten Cyberangriffsgruppierungen APT 28 und APT 29 verfügen über eine hohe technische Qualifikation, wobei zunehmend auch nicht staatliche Akteure und Hacktivist*innen eingesetzt werden.

Die **Nachrichtendienste Chinas** sind mit umfangreichen Befugnissen ausgestattet und dienen maßgeblich dem Machterhalt der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und der Verwirklichung ihrer politischen Ziele. Dazu gehört die Absicht, bis 2049 zu einer Weltmacht – mindestens auf Augenhöhe mit den USA – zu werden und den globalen Führungsanspruch der

Volksrepublik durchzusetzen – der von der KPCh propagierte „Chinesische Traum“. Daneben sind die Nachrichtendienste am Umbau der Volkswirtschaft zu einer führenden Industrienation beteiligt und wirken im Rahmen der „zivil-militärischen Fusion“ am forcierten Aufbau der Volksbefreiungsarmee zu einer „Weltklasse-Armee“ mit. Zudem sind sie in illegitime Einflussnahmeaktivitäten involviert.

Für die Realisierung seiner ambitionierten Industrie- und Militärpolitik nutzt der chinesische Staat Spionage in Wirtschaft und Wissenschaft und versucht, deutsche Unternehmen der Spitzentechnologie teilweise oder ganz aufzukaufen. Erkenntnisse zu Struktur, Bewaffnung und Ausbildung der Bundeswehr stehen ebenso im Interesse wie die Beschaffung moderner Waffentechnik aus der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie oder auch militärisch nutzbare Hochtechnologien.

China nutzt seine **Legalresidenturen** an den diplomatischen Vertretungen zur offenen Informationsbeschaffung und zur Abschöpfung von Informationen im Rahmen harmlos wirkender Kontaktpflege mit aktiven und ehemaligen Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft. Daneben werden sie zur Kontrolle und ideologischen

Steuerung der chinesischen Auslandsgemeinde genutzt. China hat eine engmaschige extraterritoriale Infrastruktur aufgebaut, um potenzielle „Abweichler“ zu identifizieren, in der chinesischstämmigen Gemeinschaft zu isolieren und einzuschüchtern (TNR).

China betreibt seit Jahren ein umfassendes **System des Technologie- und Know-how-Transfers**, um bis zum 100. Jahrestag seiner Gründung (2049) eine globale Technologieführerschaft zu erreichen. Dieses Ziel wird durch ein strategisches und ganzheitliches Vorgehen konsequent verfolgt, welches von gezielten Unternehmenswerben über Joint Ventures bis hin zu Talentprogrammen und (legalen) Forschungskooperationen mit deutschen Universitäten und Forschungsinstituten reicht. Dabei geht China flexibel vor und entwickelt seine Beschaffungsnetzwerke beständig weiter. Zukunftsrelevante Technologien wie Quantentechnologie, KI, Biotechnologie sowie Hyperschalltechnik und Überwachungstechnologie werden auch dem chinesischen Militär und Rüstungssektor zugänglich gemacht.

Um gezielt rechtliche Grauzonen, mangelndes Risikobewusstsein deutscher Hochschulen sowie die in Deutschland verfassungsrechtlich garantierte Wis

senschaftsfreiheit auszunutzen, instrumentalisiert der chinesische Staat vor allem chinesische Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Diese bewegt er mit verschiedenen Mitteln zur Zusammenarbeit: finanzielle Zuwendungen und Aufstiegschancen in China, vertraglich festgelegte Verbindlichkeiten – etwa über die staatlichen Stipendien des **China Scholarship Council (CSC)** – und nicht zuletzt auch politische oder nachrichtendienstliche Druckmittel.

Um die Ambitionen der KPCh erfolgreich umsetzen zu können, versucht China, durch (häufig illegitime) **Einflussnahmeaktivitäten** in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft im Ausland ein für sich wohlwollendes Umfeld zu erzeugen. Die chinesische Seite ist bemüht, gut vernetzte (aktive und ehemalige) Parlamentarier als „Lobbyisten“ für ihre Interessen zu gewinnen und betreibt gezielt **Desinformation**, um die Politik der KPCh in ein positives Licht zu rücken.

Chinesische Cyberspionageakteure entwickeln ihre Spionagewerkzeuge technisch ständig weiter, wodurch sie eine enorme Reichweite und Effektivität erzielen. Hierzu tragen chinesische Gesetze sowie das Gesamtgefüge der chinesischen Cybersicherheitspo-

litik bei. **Cyberangriffe** richteten sich vor allem gegen IT-Dienstleister und Unternehmen aus Schlüsselbranchen, beispielsweise im Bereich der Satellitenkommunikation oder aus der Luft- und Raumfahrt. Gemeinsam mit nationalen und internationalen Partnerbehörden veröffentlichte das BfV am 27. August 2025 eine Cybersicherheitswarnung zu Salt Typhoon. Salt Typhoon ist einer von mehreren Cyberakteuren, die über Schwachstellen von mit dem Internet verbundenen IT-Systemen tief in die Netzwerke der Ziele eindringen.

Iran legt einen Schwerpunkt seiner nachrichtendienstlichen Aktivitäten auf die Ausspähung und Bekämpfung oppositioneller Gruppierungen und Einzelpersonen im In- und Ausland. Im Berichtsjahr wurden zudem erneut nachrichtendienstliche Ausspähungsaktivitäten gegen (pro-)israelische sowie (pro-)jüdische Ziele in Deutschland festgestellt. Nicht erst seit dem sogenannten 12-Tage-Krieg zwischen Israel und Iran im Juni 2025 werden die USA und Israel als Feinde angesehen.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele setzen iranische Dienste auch **staatsterroristische Mittel** ein. Das gilt verstärkt seit Beginn des Irankriegs Ende Februar 2026 und der damit gestiegenen Gefahr

dung unter anderem (pro-)jüdischer, (pro-)israelischer und US-amerikanischer Ziele. Iranische Cyberspionageaktivitäten zielten vorwiegend auf die hier beheimatete Diaspora ab. Im Zielspektrum der Angriffskampagnen der APT-Gruppierung Charming Kit-ten standen insbesondere Exiliraner, Oppositionelle, Regimekritiker, Journalisten und Einzelpersonen aus der Menschen- und Frauenrechtsbewegung.

Nordkoreanische Nachrichtendienste nutzen Cyberoperationen als wesentliches Instrument zur Gewinnung sicherheitsrelevanter Informationen, zur Wirtschaftsspionage sowie zur Devisenbeschaffung. Die Aktivitäten richten sich insbesondere gegen Einrichtungen des deutschen Hochtechnologie- und Rüstungssektors und bedienen sich komplexer Angriffsformen. Eine wesentliche Rolle spielt dabei das Reconnaissance General Bureau (RGB) – ein militärischer Geheimdienst Nordkoreas. Das RGB ist wahrscheinlich für Cyberangriffe der APT-Gruppierung Lazarus verantwortlich.

Zur Devisenbeschaffung werden gezielt getarnte IT-Fachkräfte (sogenannte IT-Worker) eingesetzt, die ihre

Dienstleistungen weltweit Unternehmen anbieten. Die durch sie – zumeist in Kryptowährungen – erarbeiteten Erträge haben sich zu einem tragenden Pfeiler der Staatsfinanzierung Nordkoreas entwickelt. Sie kommen dem nordkoreanischen Regime zugute und finanzieren unter anderem Rüstungsprogramme des Staats. Auch deutsche Firmen beschäftigten bereits nordkoreanische IT-Fachkräfte, die teils direkt aus Nordkorea heraus, teils aber auch außerhalb des Landes arbeiten.

Zudem setzt Nordkorea TNR ein, um in Deutschland lebende Landsleute unter umfassender Kontrolle zu halten. Auf diese Weise will das totalitäre Regime auch Flüchtlingsfälle wegen des damit verbundenen Prestige- und Talentverlusts vermeiden.

Das BfV nimmt im Rahmen der **Proliferationsabwehr** Staaten in den Blick, von denen zu befürchten ist, dass sie **CBRN-Waffen**²² in einem bewaffneten Konflikt einsetzen oder ihren Einsatz zur Durchsetzung politischer Ziele androhen.

Angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine besteht der hohe Bedarf der **Russischen Föderati-**

22 CBRN-Waffen bezeichnen chemische, biologische, radiologische und nukleare Waffen (Massenvernichtungswaffen).

on an militärischen Gütern fort. Dies betrifft Dual-Use-Güter für CBRN-Waffen, militärische Raumfahrtprogramme und Quantentechnologie. Im Jahr 2025 hat das BfV ein erhöhtes Interesse an Gütern für die konventionelle Rüstungsindustrie sowie für maritime Zwecke festgestellt. Um die umfassenden EU-Sanktionen zu umgehen, setzt Russland auch seine Nachrichtendienste ein, die komplexe Firmennetzwerke über mehrere Dritt- und EU-Staaten zur Verschleierung von Lieferungen nach Russland steuern. Häufige Umgehungsländer sind dabei die Nachfolgestaaten der Sowjetunion (GUS-Staaten), die Volksrepublik China, die Türkei oder etwa die Vereinigten Arabischen Emirate.

China arbeitet mit Hochdruck an seinem „Sprung an die Weltspitze“ – auch unter vielfältiger Nutzung des deutschen Marktes und der deutschen Wissenschaftslandschaft. Im Fokus stehen vor allem Dual-Use-Güter, die von China im Rahmen regulärer Geschäftsbeziehungen und wissenschaftlicher Kooperationen beschafft und dann einer militärischen Endverwendung zugeführt werden.

Da – abgesehen vom Embargo für **Dual-Use-Güter** mit einer militärischen Endverwendung – gegenüber

China keine anderen Exportbeschränkungen bestehen und zahlreiche Dual-Use-Güter (noch) nicht von der EU-Dual-Use-Verordnung 22021/821 erfasst sind, besteht kaum rechtliche Handhabe, deren Ausfuhr zu verhindern. Insbesondere Russland hat dieses Schlupfloch längst erkannt und nutzt China als Umgehungsland für proliferationsrelevante Beschaffungen.

Mit seiner breiten **Präventionsarbeit** trägt das BfV dazu bei, dass sich Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung besser gegen Ausforschung, illegitimen Wissens- und Technologietransfer, Sabotage sowie Bedrohungen durch Extremismus und Terrorismus schützen können. Hierzu wurden viele Publikationen und Hinweise – auch unter Beteiligung internationaler Partnerdienste – veröffentlicht. Schwerpunkte bildeten Sabotage und Spionage sowie der Einsatz von Low-Level-Agenten durch Russland, der Konflikt im Nahen Osten sowie Cybersicherheits Hinweise zu russischen und chinesischen Akteuren. Auch zum Thema „Proliferation und Sanktionsumgehung“ wurde ein Informationsblatt erstellt.

Geheim- und Sabotageschutz

Der Geheimschutz dient dem Schutz von Informationen, die durch eine staatliche Stelle als Verschlusssache (VS)²³ eingestuft worden sind. Der Sabotageschutz hat die Aufgabe, lebens- und verteidigungswichtige Einrichtungen vor Sabotagehandlungen durch sogenannte Innentäter zu schützen.

Wesentliches Element des personellen Geheim- und Sabotageschutzes sind Sicherheitsüberprüfungen nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG). Ziel der Sicherheitsüberprüfung ist, festzustellen, ob eine Person in sicherheitsempfindlicher Tätigkeit eingesetzt werden kann.

Das SÜG bestimmt, wann eine Sicherheitsüberprüfung erforderlich ist. Im Bereich des personellen Geheimschutzes ist demnach ein Zugang zu VS ausschlaggebend, die als VS-VERTRAULICH

oder höher eingestuft sind. Beim vorbeugenden personellen Sabotageschutz ist die Tätigkeit an einer sicherheitsempfindlichen Stelle einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung maßgeblich.

Die Entscheidung, ob für eine Person eine Sicherheitsüberprüfung erforderlich ist und ob letztlich ein Sicherheitsrisiko vorliegt, trifft die zuständige Stelle. Dies ist im öffentlichen Bereich regelmäßig die Beschäftigungsbehörde, im nichtöffentlichen Bereich das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE), sofern nichts anderes bestimmt ist. Um die Feststellung eines Sicherheitsrisikos zu ermöglichen, führt das BfV die für die jeweilige Überprüfungsart nach § 12 SÜG vorgesehenen Maßnahmen durch und nimmt damit eine wichtige Serviceaufgabe für diese Bedarfsträger wahr.

23 Nach § 4 Abs. 1 S. 1 SÜG sind VS im öffentlichen Interesse, insbesondere zum Schutz des Wohles des Bundes oder eines Landes, geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, unabhängig von ihrer Darstellungsform.

Das BfV hat im Jahr 2025 im Rahmen von 75.280 Sicherheitsüberprüfungen insgesamt 102.365 Personen im Geheim- und Sabotageschutz überprüft. Das Überprüfungsaufkommen hat sich im Vergleich zum Jahr 2024 nochmals deutlich erhöht. Ein Schwerpunkt der Arbeit des BfV lag auch im Jahr 2025 auf der Digitalisierung und Automatisierung des Sicherheitsüberprüfungsverfahrens.

Die Anzahl der Sicherheitsüberprüfungen für nationale zuständige Stellen verteilt sich nahezu gleichmäßig auf Behördenmitarbeitende und Beschäftigte in Unternehmen.

Im Jahr 2025 gab es im Geheimschutz 16.092 einfache Sicherheitsüberprüfungen (Ü1); 41.187 Personen wurden im Rahmen von 26.019 erweiterten Sicherheitsüberprüfungen (Ü2) und 3.915 Personen im Rahmen von 2.279 erweiterten Sicherheitsüberprüfungen mit Sicherheitsermittlungen (Ü3) überprüft. Hinzu kamen 11.063 Überprüfungen im Bereich des vorbeugenden personellen Sabotageschutzes. Ferner wurden 19.827 Aktualisierungen von Sicherheitsüberprüfungen (Ü1-Ü3 und Sabotageschutz) vorgenommen und hierbei 30.108 Personen überprüft.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin
Internet: www.bmi.bund.de

Stand

Juni 2026

Artikelnummer:

BMI26021

Gestaltung

Bundesamt für Verfassungsschutz,
Print- und Mediocenter

Weitere Publikationen der Bundesregierung zum Herunterladen und zum Bestellen finden Sie ebenfalls unter:
www.bundesregierung.de/publikationen

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



www.bmi.bund.de

-  bsky.app/profile/bmi.bund.de
-  [instagram.com/bmi_bund](https://www.instagram.com/bmi_bund)
-  [linkedin.com/company/bundesinnenministerium](https://www.linkedin.com/company/bundesinnenministerium)
-  social.bund.de/@bmi
-  [threads.com/@bmi_bund](https://www.threads.com/@bmi_bund)
-  x.com/BMI_Bund
-  [youtube.com/@BMIBund](https://www.youtube.com/@BMIBund)